

12 / 1997

Arbeitsplätze – Steuern – Renten

Bundesweiter Aktionstag am 26. April

- Kämpfen Sie mit um die Meinungsführerschaft in den zentralen Fragen unserer Politik!
- Zeigen wir der Öffentlichkeit, daß wir geschlossen hinter unseren Reformprojekten stehen!
- Tragen Sie im Rahmen Ihrer Möglichkeiten dazu bei, daß unser bundesweiter Aktionstag zum Erfolg wird!

Mit diesem Appell hat Generalsekretär Peter Hintze bereits kurz vor der Osterpause die CDU zu einer Kraftanstrengung aufgerufen. Mit mindestens einer Aktion soll sich jeder Verband der Partei an die Öffentlichkeit wenden.

Ob Straßen-Canvassing, Talk-Forum oder Frauenfrühstück – alle Veranstaltungsformen sind denkbar. Eins muß dabei herauskommen: Bürgerinnen und Bürger davon überzeugen, daß unsere Beschlüsse im ersten Quartal dieses Jahres richtig sind und Deutschland den Herausforderungen des nächsten Jahrhunderts gewachsen ist.

Nutzen Sie für Ihre Aktion die Materialien, die die Bundesgeschäftsstelle dafür vorbereitet hat (siehe UiD 11/1997 und noch einmal Seite 34/35 dieser Ausgabe) und die seit Anfang dieser Woche bestellt werden können:



Steuern-Renten-Gesundheit

Reformen für meine Zukunft!

...ungssysteme auf Dauer stabil halten – dies sind zentrale Aufgaben deutscher Politik. Die CDU als große Volkspartei und die von Bundeskanzler Helmut Kohl geführte Bundesregierung stellen sich diesen Herausforderungen. Die Gesundheitsreform ist verabschiedet, die große Steuerreform und die Rentenreform gehen in die parlamentarische B... tung. Wir haben als einzige für diese zukunftsweisenden Reformen schlüssige und finanzierbare Konzepte

WIR GESTALTEN DIE ZUKUNFT **CDU**

▲ Bestell-Nr.: 2249, Preis je 200 Exemplare: 22,90 DM zzgl. MwSt. und Versand

- als Massenverteilungsmittel das oben abgebildete Falblatt;
- zur vertiefenden Information die Broschüren zur Steuerreform: „Weniger Steuern – mehr Arbeitsplätze“ und
- zur Rentenreform: „Sicherheit im Alter“ (Abbildungen auf Seite 35).

Generalsekretär Peter Hintze:

Flexible Arbeitszeitmodelle statt genereller 32-Stunden-Woche

Zur Forderung von IG-Metall-Chef Zwickel nach einer generellen 32-Stunden-Woche erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Zwickels Vorschlag ist ein Griff in die Mottenkiste. Daß generelle Arbeitszeitverkürzung einen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit leisten kann, ist eine Legende. Parallel zu den pauschalen Arbeitszeitverkürzungen in der Vergangenheit hat es einen explosionsartigen Anstieg teurer Überstunden, verstärkte Schwarzarbeit und höhere Sozialkosten gegeben.

Statt pauschaler Arbeitszeitverkürzung sind flexible Arbeitszeitmodelle gefragt. Jahresarbeitszeitkonten zum Beispiel können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Arbeitsspitzen durch weniger Arbeit in schwächeren Perioden abzufedern und so kostenintensive Überstunden zu vermeiden. Um solche Lösungen zu ermöglichen, müssen die Flächentarifverträge zukünftig eher ganz darauf verzichten, Wochenarbeitszeiten festzulegen, anstatt weiter Arbeitszeitverkürzung für alle zu verordnen.

Die Rechnung geht nicht auf

Völlig unrealistisch ist die Dauersubvention von Arbeit über die Arbeitslosenversi-

cherung. Sie würde immer weniger Einnahmen bei gleichzeitig immer mehr Ausgaben zur Folge haben. Diese Rechnung kann nicht aufgehen.

Genau in die falsche Richtung

Zum IG-Metall-Vorschlag erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall:

Der von der IG-Metall vorgeschlagene Weg führt genau in die falsche Richtung. Auch wenn von einem „nicht vollständigen Lohnausgleich“ für die Verkürzung der Arbeitszeit gesprochen wird, bedeutet dieses dennoch einen weiteren Anstieg der Arbeitskosten je Stunde. Damit wird die Entwicklung der vergangenen Jahre verschärft, die im wesentlichen zu der hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland führte: Im Inland wird die Inanspruchnahme von Arbeitsleistungen so teuer, daß sie für den Verbraucher unerschwinglich wird und dieser darauf verzichten muß.

Für den Export ins Ausland verschlechtert sich dadurch unsere Wettbewerbssituation. Das Ergebnis ist ein noch stärkerer Rationalisierungsdruck auf die Unternehmen. Die Tendenz müßte eher umgekehrt verlaufen: Bei gleichem Lohn nicht kürzere, sondern längere Arbeitszeiten. Das würde

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE
*CDU#

● X 400
c = de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

zu niedrigeren Arbeitskosten je Stunde führen und neue Nachfrage nach Arbeit entstehen lassen.

Der Arbeitsmarkt ist keine festgefügte Größe, die sich beliebig aufteilen läßt. Die Anzahl der Arbeitsplätze in Deutschland hängt im wesentlichen von der Nachfrage nach Dienstleistungen und Gütern ab. Werden diese zu teuer, so wird weniger Arbeit nachgefragt, das Beschäftigungsvolumen sinkt.

Kein geeigneter Weg für die Schaffung neuer Arbeitsplätze

Zur Forderung der IG-Metall erklärte der stellvertretende Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, Hartmut Schauerte:

Wir müssen nicht über eine Verkürzung, sondern im Gegenteil über eine Verlängerung der Arbeitszeit reden, um in Deutschland neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Wir sind das Land mit der höchsten Zahl der Feiertage, der höchsten Zahl der Urlaubstage und der höchsten Zahl der krankheitsbedingten Fehltage und der kürzesten Wochen- und Jahresarbeitszeit. Dieser negative Rekord ist eine zentrale Ursache für die dramatisch hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland.

Nicht weitere Arbeitszeitverkürzung, sondern Flexibilisierung und Verlängerung der Arbeitszeit ist der Weg zu mehr Arbeitsplätzen. Die Fehler aus der Vergangenheit dürfen nicht fortgesetzt werden!

Wir stehen vor dem Problem, daß es genügend Arbeit, aber zu wenig Arbeit zu bezahlbaren Preisen gibt. Vor allem der Anstieg der Lohnzusatzkosten hat dazu geführt, daß wir weltweit die höchsten Arbeitskosten haben. So betragen die Lohnzusatzkosten im produzierenden Gewerbe 1996 80,7 Prozent.

Die Politik, an erster Stelle die Sozialpolitik ist aufgefordert, durch schnelle und tiefgreifende Reformen diesem Trend entgegenzuwirken, wenn ein weiterer Beitragsanstieg von 3 bis 5 Prozent in den nächsten Jahren verhindert werden soll.

Die entscheidende Größe für die internationale Wettbewerbsfähigkeit und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Deutschland sind die Lohnstückkosten. Eine weitere Arbeitszeitverkürzung führt grundsätzlich zu höheren Lohnstückkosten. Es sei denn, die Brutto- und Nettoeinkommen der Arbeitnehmer werden deutlich gesenkt.

Dies kann jedoch die IG-Metall nicht wirklich wollen. Es ist enttäuschend, daß die IG-Metall als Gewerkschaft, deren Mitglieder mit ihren Arbeitsplätzen ganz besonders im internationalen Wettbewerb stehen, am falschen Weg der Arbeitszeitverkürzung nicht nur festhält, sondern dies auch noch verschärfen will.

Reine Umverteilung ist keine Lösung

Zum Vorschlag des IG-Metallvorsitzenden Zwickel erklärte der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Peter Repnik:

Man könnte es für einen Fortschritt halten, wenn selbst die Gewerkschaften nun erkennen, daß eine weitere Reduzierung der Wochenarbeitszeiten auf keinen Fall bei vollem Lohnausgleich erfolgen kann. Dann aber muß man es auch ganz deutlich sagen: Kürzere Arbeitszeiten kann es nur bei Lohnverzicht geben.

An erster Stelle muß die Schaffung neuer, zusätzlicher Arbeitsplätze stehen. Wir werden der Arbeitslosigkeit nicht durch bloße Umverteilung vorhandener Arbeit begegnen können.

Das Gebot der Stunde: Arbeit wettbewerbsfähiger zu machen

Der Sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Julius Louven, erklärte zu der Forderung, die Wochenarbeitszeit auf 32 Stunden zu verkürzen:

Die Forderung des IG-Metall-Vorsitzenden Zwickel, die Wochenarbeitszeit zwangsweise auf 32 Stunden zu verkürzen, ist nichts anderes als ein den Arbeitnehmern auferlegtes Verbot von Arbeit. Dadurch wird nicht Arbeit auf viele Schultern verteilt, sondern Arbeitslosigkeit. Zwangsweise Arbeitszeitverkürzung ist Reparaturpolitik. Sie setzt ein, wenn Arbeitslosigkeit entstanden ist. Notwendig ist hingegen, Arbeitslosigkeit zu verhindern. Hier gibt es nur einen erfolgversprechenden Weg: Arbeit muß in Deutschland wieder wettbewerbsfähig werden.

Wenn Zwickel jetzt Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich akzeptiert, dann räumt er damit ein, daß die frühere Forderung nach Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich ein schwerwiegender Fehler war. Dadurch wurden die Arbeitskosten in die Höhe getrieben und die Wettbewerbsfähigkeit der Arbeitsplätze verschlechtert. Wir haben davor stets gewarnt und sind dafür von den Sozialdemokraten und Gewerkschaften heftig angefeindet worden. Aber auch ein Verzicht auf Lohnausgleich führt weiter in der Sackgasse. Die OECD hat in ihrer umfas-

senden, internationalen Beschäftigungsstudie unmißverständlich klargestellt, daß durch zwangsweise Arbeitszeitverkürzung noch in keinem Fall wettbewerbsfähige Arbeitsplätze entstanden sind.

Werden die Ursachen der Arbeitslosigkeit nicht behoben, dann werden wir auch bei einer 32-Stunden-Woche Massenarbeitslosigkeit haben. Kein Problem, werden die Gewerkschaften sagen. Dann bekämpfen wir die Arbeitslosigkeit mit weiteren Arbeitsverboten, z. B. mit der 25-Stunden-Woche. Und so weiter. Bei kollektiven Arbeitszeitverkürzungen werden viele Arbeitnehmer versuchen, durch Überstunden den erzwungenen Einkommensverlust auszugleichen. Würde man diese verbieten, wäre erhöhte Schwarzarbeit die Folge. Der Vorschlag Zwickels ist in der langfristigen Konsequenz ein gigantisches Programm der Arbeitsplatzvernichtung.

Mit Arbeitsverboten kann weder Arbeitslosigkeit bekämpft noch Wohlstand gesichert werden. Kollektive Formen der Arbeitszeitverkürzung entsprechen dem Leitbild einer sozialistischen Politik der Mangelverteilung. Unser Leitbild muß jedoch sein, durch marktwirtschaftliche Reformen — auch und gerade auf dem Arbeitsmarkt — den Mangel an Arbeitsplätzen zu beheben. Dieses will Zwickel verhindern. Das und nichts anderes ist sein Anliegen.

Die Tarifpartner sind vor allem gefordert, durch maßvolle Tarifabschlüsse zu einer vermehrten Einstellung von Arbeitskräften beizutragen. Dieser Verantwortung

dürfen sich die Gewerkschaften nicht durch eine Scheindebatte um die weitere Rückführung der Wochenarbeitszeit entziehen.

Gewerbekapitalsteuer vernichtet Arbeitsplätze

Zum Beschluß des Finanzausschusses des Bundesrates, die vom Deutschen Bundestag am 28. Februar beschlossene Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer abzulehnen, erklärte der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Friedrich Bohl:

Die Entscheidung läßt Schlimmes für die Sitzung des Bundesrates am 25. April 1997 befürchten. Die Einführung der Gewerbekapitalsteuer in den neuen Ländern trifft gerade die Unternehmen mit einer dünnen Kapitaldecke schwer. Diese substanzverzehrende, sonst so in Europa nicht erhobene Steuer ist Gift für den Mittelstand und vernichtet Arbeitsplätze.

Mit der Einführung der Gewerbekapitalsteuer in den neuen Bundesländern werden die Hilfsmaßnahmen und Transferleistungen von Bund und alten Bundesländern konterkariert. Gerade das Abstimmungsverhalten der SPDgeführten neuen Bundesländer, Sachsen-Anhalt und Brandenburg, ist in diesem Zusammenhang unfassbar und grenzt an Selbstverstümmelung.

Der SPD-beherrschte Bundesrat ist aufgefordert, dem Aufbau Ost die notwendige Unterstützung zu geben und der Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer am 25. April 1997 endlich „grünes Licht“ zu geben. Ansonsten würde die SPD schwere Schuld auf sich laden.

Stures Festhalten

Zur Ablehnung des Koalitionsgesetzesentwurfes zur Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer durch den Finanzausschuß des Bundesrates erklärte der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Peter Repnik:

Die Empfehlung des Finanzausschusses des Bundesrates belegt, daß sich der Bundesrat auch weiterhin als Blockadeinstrument der SPD mißbrauchen läßt. Die Ablehnung des vorliegenden Entwurfs zur Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer ist die falsche Zielvorgabe.

Wir brauchen keinen Stillstand, kein stures Beharren auf falschen Positionen, sondern den fruchtbaren Dialog.

Die Gewerbekapitalsteuer ist eine substanzverzehrende Steuer, die Investitionen belastet und somit die Schaffung von Arbeitsplätzen behindert. Wenn die Gewerbekapitalsteuer im kommenden Jahr

in den neuen Ländern eingeführt werden muß, bedeutet dies eine zusätzliche steuerliche Belastung von rund 500 Millionen DM für die ostdeutschen Unternehmen. Der wirtschaftliche Aufholprozeß wäre bedroht, und die bestehenden Arbeitsplätze wären gefährdet.

Diese Tatsachen können offensichtlich nicht oft genug wiederholt werden.

Seit Monaten drängt die Koalition daher auf Abschaffung dieser Steuer, seit Monaten sperrt sich die SPD dagegen. Bereits mit dem Jahressteuergesetz 1996 hätte die Gewerbekapitalsteuer zum Jahresbeginn 1996 abgeschafft werden können. Die Beteiligung an der Umsatzsteuer gibt den Gemeinden die Sicherheit einer sich stetig entwickelnden Einnahmequelle. Die Höhe des Umsatzsteueranteils der Gemeinden wird so bemessen, daß die Gemeinden einen vollen Ausgleich für ihre Mindereinnahmen aus der Gewerbesteuerreform erhalten. ■

Lohnzurückhaltung und Flexibilität kennzeichnen die Tarifrunde 1996

Die tariflichen Löhne und Gehälter in Deutschland sind im vergangenen Jahr deutlich niedriger gestiegen als in den Vorjahren. Das geht aus dem Bericht des Bundesarbeitsministeriums über die tarifvertraglichen Arbeitsbedingungen im Jahre 1996 hervor. Die tariflichen Entgelte wurden danach im Westen um durchschnittlich 1,8 Prozent und in den neuen Bundesländern um 3,6 Prozent erhöht.

Im vergangenen Jahr sind in Deutschland rund 7 000 neue Tarifverträge abgeschlossen und in das Tarifregister des Bundesarbeitsministeriums eingetragen worden. Das waren knapp 400 weniger als im Jahr zuvor. In den meisten Tarifbereichen wurden Erhöhungen der Löhne und Gehälter bzw. Entgelte sowie der Ausbildungsvergütungen neu vereinbart oder traten Stufenanhebungen aus Abschlüssen der Vorjahre in Kraft.

„Die Tarifvertragsparteien haben in wirtschaftlich schwieriger Zeit Verantwortungsbewußtsein, Entschlußkraft und Phantasie gezeigt“, erklärte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm. „Die vielfältigen und differenzierten Lösungen der Tarifrunde 1996 haben die Bedeutung und die Gestaltungskraft der Tarifautonomie und der Sozialpartnerschaft erneut eindrucksvoll unter Beweis gestellt.“

In den Tarifbereichen Westdeutschlands bewegten sich die Abschlüsse zur Erhöhung der Löhne und Gehälter in der Größenordnung zwischen 1,3 Prozent und 2,0 Prozent – in einigen kleineren Bereichen auch darüber hinaus. Im Durchschnitt beträgt die Abschlußrate für die

durch Tarifverträge erfaßten rund 13,5 Millionen Arbeitnehmer knapp 1,8 Prozent. Der entsprechende Wert des Vorjahres hatte bei 3,4 Prozent gelegen.

Die Tarifbedingungen für Ostdeutschland wurden im Jahre 1996 – vor allem, was die Höhe der Arbeitsentgelte betrifft – weiter an die der alten Bundesländer herangeführt, wobei auch neue Stufenpläne für die volle Angleichung der Tarifvergütungen vereinbart wurden. Das Tempo

**Norbert Blüm:
Gestaltungskraft der
Tarifautonomie eindrucksvoll
unter Beweis gestellt**

der Ost-West-Angleichung verlangsamt sich gegenüber den Vorjahren.

Sowohl die Abschlußraten der neuen Tarifverträge als auch die Stufenanhebungen aus früheren Abschlüssen waren höher als in Westdeutschland. Die durchschnittliche Abschlußrate betrug für etwa 3,2 Millionen Arbeitnehmer (davon für rund 2,3 Millionen Neuabschlüsse und für rund 0,9 Millionen Stufenanhebungen aus Abschlüssen der Vorjahre) rund 3,6 Prozent (1995 = 6,2 Prozent).

Das Verhältnis des tarifvertraglichen Lohn- und Gehaltsniveaus hat sich in Ostdeutschland gegenüber den jeweiligen Tarifverträgen in Westdeutschland seit Ende 1991 im Durchschnitt wie folgt entwickelt:

Ende 1991 = 60 Prozent
Ende 1992 = 73 Prozent

Ende 1993 = 80 Prozent

Ende 1994 = 84 Prozent

Ende 1995 = 87 Prozent

Ende 1996 = 89 Prozent.

Die Berechnung dieser Durchschnittszahlen basiert auf einem Vergleich der tariflichen Grundentlohnung nach den jeweiligen west- und ostdeutschen Tarifverträgen derselben Branche. Die Relation der effektiven Verdienste liegt unter diesem Wert, da zum einen in den neuen Bundesländern für weniger Arbeitgeber als in den alten Bundesländern Tarifbindung besteht und zum anderen in den alten Bundesländern höhere Zusatzleistungen wie Urlaubsgeld, 13. Monatseinkommen, vermögenswirksame Leistungen vereinbart sind und zu einem erheblichen Teil über Tarif bezahlt werden.

Die Ausbildungsvergütungen sind im vergangenen Jahr in den alten Bundesländern um knapp 1,0 Prozent und in Ostdeutschland um 2,7 Prozent gestiegen. 1995 hatten die Erhöhungen noch im Westen 4,5 Prozent und im Osten 7,2 Prozent betragen. Die Höhe der monatlichen Ausbildungsvergütung ist in den einzelnen Tarifverträgen sehr unterschiedlich. Die 1996 wirksam gewordenen Tarifverträge enthalten als niedrigsten Betrag 320 DM

(1. Ausbildungsjahr im Damenschneiderhandwerk in Hessen, Rheinland-Pfalz und Westfalen) und als höchsten Betrag 2.321 DM (4. Ausbildungsjahr für gewerbliche Auszubildende im Baugewerbe Westdeutschland). Die durchschnittliche Ausbildungsvergütung beträgt im 1. Ausbildungsjahr im Westen 994 DM, im Osten 860 DM, im 2. Lehrjahr 1 112 DM bzw. 998 DM, im 3. Lehrjahr 1 241 DM bzw. 1 130 DM sowie bei einem 4. Ausbildungsjahr 1 369 DM in den alten und 1 291 DM in den neuen Bundesländern.

Arbeitszeitverkürzungen wurden im vergangenen Jahr für 1,3 Millionen Arbeitnehmer wirksam. Die durchschnittliche tarifliche wöchentliche Regelarbeitszeit be-

trug am Jahresende 1996 in Westdeutschland 37,43 (1995 = 37,49) Stunden und in Ostdeutschland 39,38 (1995 = 39,53) Stunden. Neben den Vereinbarungen über die Höhe der Arbeitsentgelte haben die Tarifvertragsparteien auch 1996 eine Vielzahl neuer arbeitsrechtlicher Regelungen geschaffen oder bestehende geändert. Besonders hervorzuheben sind zahlreiche „Bündnisse für Arbeit“ auf tarifvertraglicher Ebene, insbesondere durch

- Regelungen zur Beschäftigungssicherung, z. B. durch Arbeitszeitverkürzung unter Lohnverzicht bei Ausschluß betriebsbedingter Kündigungen und durch
- Verpflichtungen zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze und zur Übernahme der Ausgebildeten.

Daneben ist das tarifliche Arbeitsrecht stärker flexibilisiert worden, z. B. durch

- weitere Arbeitszeitflexibilisierungen,
- Fortführung von abgesenkten Einstiegs-tarifen für neu eingestellte Arbeitnehmer (u.a. Langzeitarbeitslose), z. B. in der westdeutschen chemischen Industrie und Papierindustrie,
- Abschluß von Tarifverträgen zur Altersteilzeit, z. B. in Bereichen der Industrie-gewerkschaft Chemie-Papier-Keramik,
- Öffnungsklauseln für Betriebsvereinbarungen, die Lohnerhöhung längstens für die Dauer der Laufzeit des Tarifvertrages auszusetzen, z. B. in der westdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie,
- Regelungen zur Umsetzung des geänderten Ladenschlußgesetzes,
- Regelungen zur Umsetzung des geänderten Entgeltfortzahlungsgesetzes,
- Regelungen zur Umsetzung des neuen Arbeitnehmer-Entsendegesetzes durch die Allgemeinverbindlicherklärung des Mindestlohntarifvertrages für das Baugewerbe. ■

Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers:

Wirtschaft und Gewerkschaften sind jetzt gefragt

Die Halbbilanz der Bundesanstalt für Arbeit auf dem Lehrstellenmarkt ist ein deutliches Alarmsignal: Das Ziel – 13.000 Lehrstellen mehr als im vergangenen Jahr – ist noch weit entfernt. Es droht eine Lehrstellenlücke, wenn nicht kräftig zugelegt wird. Die Zahlen müssen Wirtschaft und Gewerkschaften aufrütteln.

Abgerechnet wird erst am Ende des Jahres. Auch in den vergangenen Jahren wurde der Ausgleich in der „zweiten Halbzeit“ geschafft. Aber dazu muß jetzt etwas geschehen. Betriebe, Kammern und Tarifpartner müssen alle Reserven mobilisieren. Ausbildungsbetriebe von Kammergebühren zu entlasten, bessere Konjunkturaussichten vorrangig für mehr Lehrstellen zu nutzen und Tarifvereinbarungen für mehr Ausbildung einzusetzen, sind notwendige Entscheidungen.

Die Bundesregierung wird ihre Aktivitäten verstärken:

- Die Bundesregierung selbst wird als Arbeitgeber in diesem Jahr ihre Ausbildungsleistung noch einmal erhöhen.

- Ich habe Gespräche mit den neuen Ländern aufgenommen, um auch in diesem Jahr rechtzeitig Maßnahmen für die besondere Situation in Ostdeutschland umzusetzen.

- Ich werde schon in der kommenden Woche im Kabinett ein Konzept für weitreichende Strukturreformen in der Berufsausbildung vorlegen, um den einzelnen Betrieben, Berufsschulen und Lehrlingen mehr Flexibilität und Freiräume zu verschaffen.

Die deutsche Wirtschaft und die Bundesanstalt für Arbeit haben gemeinsam mit der Bundesregierung die Gemeinschaftsinitiative „Ausbilden – wir machen mit“ gestartet. Diese Aktion ist auch eine Chance für Großunternehmen, ihr Lehrstellenengagement durch Ausbildung im Verbund mit ihren kleinen und mittleren Geschäftspartnern zu erhöhen und zur Kostenentlastung beizutragen. Ich fordere die Gewerkschaften auf, ihren Schmollwinkel zu verlassen und sich an dieser Initiative aktiv zu beteiligen. In den Betriebsvertretungen und Aufsichtsräten können sie konkret etwas für mehr Lehrstellen tun.

Telefonaktion für Lehrstellen erfolgreich

Ausbilden – Wir machen mit! Dieser Aufforderung haben sich zahlreiche, vor allem mittelständische Unternehmen spontan angeschlossen und in den letzten Tagen im Rahmen einer Telefonaktion im Presse- und Informationsamt zusätzliche Lehrstellen bereitgestellt. Experten der Kammern, der Arbeitsämter und des Bundesinstituts für

Berufsbildung konnten in ihren Beratungsgesprächen ca. 70 zusätzliche Lehrstellen gewinnen.

Auch weiterhin steht bei allen 184 Arbeitsämtern die „Arbeitgeber-Hotline“ unter der bundesweit einheitlichen Rufnummer:

0180/32 255

zur Verfügung.

Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers:

„Meister-BAföG“ wird Erfolgsstory

Das „Meister-BAföG“ entwickelt sich zu einer echten Erfolgsstory. Das Gesetz ist erst seit einem Jahr in Kraft. Rund 31.000 Teilnehmer an einer Aufstiegsfortbildung haben bisher eine Förderungszusage erhalten. Das ist in dieser kurzen Zeit ein tolles Ergebnis.

Bund und Länder haben für die Förderung beruflicher Aufstiegsfortbildungen z. B. zum Meister oder zum Techniker bisher 27 Mio. DM gezahlt. Dies wird ergänzt durch zunächst zinsfreie und später sehr günstige Darlehen der Deutschen Ausgleichsbank in einem Gesamtvolumen von derzeit rund 155 Mio. DM, die vor allem der Finanzierung von Lehrgangs- und Prüfungsgebühren dienen. Hier werden pro Monat Leistungen an 4.500 bis 5.000 Geförderte ausgezahlt.

Die „Meister-Förderung“ ist ein zentraler Baustein zur Herstellung der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung. Sie steigert die Attraktivität der beruflichen Bildung. Die Resonanz, die das Gesetz gefunden hat, ist deshalb beachtlich. Mittlerweile interessieren sich etwa 45.000 junge Absolventen aus dem dualen System der Berufsausbildung für Förderleistungen. Etwa 20.000 Geför-

derte werden jährlich ein Unternehmen gründen. Damit können rund 60.000 Arbeitsplätze geschaffen werden.

Auch die Leistung der Mitarbeiter in den Ämtern ist beachtlich. Denn sie haben trotz manchmal knapper Personalausstattung mit Nachdruck und mit großem Erfolg daran gearbeitet, eine leistungsfähige Verwaltung auf die Beine zu stellen und damit mit dem „Meister-BAföG“ angehenden Meistern und anderen Teilnehmern an Maßnahmen der Aufstiegsfortbildung eine Perspektive für ihre berufliche Zukunft zu bieten.

In Zukunft soll:

- die Information und Beratung der Gesellen und Facharbeiter über die Förderungsmöglichkeiten des Gesetzes optimiert und
- die Antragsbearbeitung in den Ämtern noch weiter beschleunigt werden.

Nach anfänglichen Startschwierigkeiten im letzten Jahr läuft die Förderung nach dem sogenannten „Meister-BAföG“ jetzt in allen Ländern auf vollen Touren. Die zuständigen Ämter hatten zum Jahresende 1996 noch mit Antragsrückständen von bis zu 80 Prozent zu kämpfen. Diese sind jetzt abgebaut.

Neue Ausbildungsberufe ab 1. August 1997: Bauwerksab-dichter/in; Elektromonteur/in; Elektroniker/in für Luft- und Raumfahrttechnik; Informatikkaufmann/-frau; Fachinformatiker/in; Informations- und Kommunikations-System-Elektroniker/in; Informations- und Kommunikations-System-Kaufmann/-frau; Isolierfacharbeiter/in (Stufenausbildung, 1. Stufe: 2 Jahre); Industrie-Isolierer/in (Stufenausbildung, 2. Stufe: 1 Jahr); Kaufmann/-frau für Bahnservice; Naturwerksteinmechaniker/in; Spielzeugfertiger/in; Verfahrensmechaniker/in in der Steine- und Erdenindustrie mit zusätzlicher Fachrichtung „vorgefertigte Betonzeugnisse“; Fertigungsmechaniker/in.

Ein Wegweiser zu 43 Berufen mit Ausbildungschancen

364 anerkannte Ausbildungsberufe stehen z.Z. Jugendlichen zur Verfügung, die eine Berufsausbildung im Dualen System beginnen möchten – doch bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz wird nur selten auf dieses große Spektrum zurückgegriffen: Jungen wie Mädchen konzentrieren sich bei ihrer Berufswahl nach wie vor auf einige wenige Trendberufe, die entsprechend überlaufen sind, ziehen andere Berufsmöglichkeiten nicht in Erwägung und übersehen damit vorhandene Lehrstellen.

Ein Wegweiser zu Berufen, in denen auch in Zeiten knapper Ausbildungsplätze das Angebot bisher größer war als die Nachfrage, ist die jetzt in aktualisierter Fassung zum zweiten Mal erschienene Veröffentlichung „43 Berufe mit Ausbildungschancen“, die gemeinsam mit dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) erarbeitet wurde. Vorgestellt werden darin 43 staatlich anerkannte Ausbildungsberufe mit jeweils mindestens 1.000 Ausbildungsplätzen. Für die überwiegende Zahl dieser Berufe war Ende 1996 das Lehrstellenangebot größer als die Nachfrage, d.h. Lehrstellen blieben hier unbesetzt. Die Erfahrungen der letzten Jahre lassen darauf schließen, daß auch 1997 eine Bewerbung in den genannten Berufen Aussicht auf Erfolg hat.

Aufmerksam macht das Buch in keinem Fall auf „exotische“ Berufe, die aufgrund ihrer Besonderheit selten ins Blickfeld geraten – im Gegenteil: Ob „Steuerfachangestellte/-r“, „Radio- und Fernstechniker/-in“ oder „Automobilmechaniker/-in“, jeder der 43 Berufe bietet eine solide Grundlage für die spätere Berufstätigkeit und Berufskarriere und unterscheidet sich weder im Ansehen noch in der Verwertbarkeit oder

dem Verdienst von den „Hit-Berufen“.

Dies gilt auch für die vorgestellten sechs neuen Berufe, in denen erst seit letztem Jahr bzw. ab 1. August 1997 ausgebildet werden kann:

- Film- und Videoeditor/-in
- Mediengestalter/-in Bild und Ton
- IT-System-Elektroniker/-in
- Fachinformatiker/-in mit den Fachrichtungen
 - Anwendungsentwicklung
 - Systemintegration
- IT-System-Kaufmann/-frau
- Informatikkaufmann/-frau.

Informiert wird bei jedem der 43 Ausbildungsberufe u. a. über

- Ausbildungsdauer und -form
- typische berufliche Tätigkeiten
- besondere berufliche Anforderungen (Geschicklichkeit, Organisationstalent o. ä.)
- Gründe gegen die Berufswahl (z. B. Allergien)
- Fortbildungsmöglichkeiten und
- Ausbildungsvergütung.

Eine Checkliste für die Lehrstellensuche und die Bewerbung um einen Ausbildungsplatz, eine Anschriftenliste aller Arbeitsämter sowie eine Übersicht über sämtliche z. Z. gültigen anerkannten Ausbildungsberufe machen den Wegweiser komplett.

Das von Rolf Raddatz und Manfred Bergmann herausgegebene Buch „43 Berufe mit Ausbildungschancen: Tips, Tätigkeiten, Zahlen“ ist zum Preis von **DM 24.50 zu beziehen beim W. Bertelsmann Verlag GmbH & Co. KG, 33506 Bielefeld, Postfach 100633, Tel.: 05 21/9 11 01-0, Fax: 05 21/9 11 01-79.**

PDS zwischen Schein und Sein

Scheingefechte? Wahlkampfgetöse? Viel Lärm um nichts? Sind die Auseinandersetzungen mit der PDS und ihren Steigbügelhaltern inszeniert? Entgegen derartigen Schlagworten müssen verfassungstreue Parteien hierzulande – gerade nach den Erfahrungen mit zwei totalitären Diktaturen – klare Antworten geben auf die ganz grundsätzliche Frage: Wie ist mit extremen Parteien umzugehen?

Erwin Teufel hätte 1992 schlicht mit einer extremen Partei ins Koalitionsboot steigen können. Dabei gilt: Gegen kleinere Partner lassen sich die eigenen Programm- und Personalvorstellungen üblicherweise umfassender durchsetzen. Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg hat jedoch eine Komplizenschaft mit dieser rechtsextremen Partei zu Recht von vornherein klar abgelehnt. Im Unterschied zur SPD, die in Sachsen-Anhalt 1994 nur zweiter Wahlsieger wurde, kam die CDU im übrigen in Baden-Württemberg 1992 als stärkste Partei ins Ziel.

Auch die linksextreme PDS kann kein Partner für verfassungstreue Parteien sein. Gegenüber extremen Parteien ist Äquidistanz zu wahren. Die freiheitliche Demokratie muß vermeiden, in asymmetrischer Weise wehrhaft zu sein. Darüber sollte grundsätzlicher Konsens herrschen – neben notwendigen Konflikten in der Tagespolitik. Verfassungstreue Parteien – auch die SPD – müssen sich klar abgrenzen von extremen Parteien, denen vor allem keine gouvernementale Mitverantwortung in Aussicht gestellt oder gar gewährt werden darf. Wählerstimmen für solche Parteien müssen entsprechend von vornherein als klar verschwendet gelten. Hinzu kommt: Mit der PDS lassen sich ohnehin keine Maßnahmen durchsetzen, die vor allem

unsere Wettbewerbsfähigkeit stärken und zu mehr sicheren Arbeitsplätzen beitragen könnten.

Mehr noch: Die PDS kann gar kein Interesse insbesondere an weniger Arbeitslosigkeit haben. Denn die PDS braucht für ihre Demagogie dauerhaft möglichst viele Probleme – ähnlich wie rechtsextreme Parteien. Insgesamt ist daher die derzeit zentrale Überlegung, wie im Zusammen-

Von Brigitte Baumeister

wirken mit den Tarifpartnern mehr wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu erreichen sind, eng verknüpft mit der Frage, wie halten es die verfassungstreuen Kräfte mit extremen Erscheinungen, zumal Gysi und seine Genossen ihrerseits fast permanent bekunden, „Rot-Grün“ werde von der PDS selbstverständlich gefördert.

Wesentlich ist es, nüchtern die zerstörerischen Ziele und Methoden der PDS offenzulegen. Das PDS-Programm gründet im Kern auf einer Unterstellung: Danach sollen „die“ Höherverdienenden, die ohnehin als „Kapitalisten“ von der PDS diffamiert werden, in demagogischer Weise für alle wesentlichen Mißstände haftbar gemacht werden – wie Arbeitslosigkeit, sogenannte Wohnungsnot, Umweltschäden, Kriminalität u. v. m. Auffällig dabei ist: In ähnlicher Art unterstellen rechtsextreme Parteien, „die“ Ausländer verursachten solche Mißstände. Mit dieser Demagogie versuchen links- und rechtsextreme Parteien, den gordischen Knoten der komplexen Wirklichkeit moderner Politik zu zerschlagen, um in bequemer Weise „Sündenböcke“ für große Herausforderungen an

den Pranger stellen zu können. Dabei verabsolutieren rechtsextreme Parteien den Wert „Ungleichheit“, linksextreme Parteien dagegen den Wert „Gleichheit“.

Die PDS zielt auf eine andere DDR. Denn die SED-Diktatur war laut PDS-Programm von 1993 eben lediglich ein „Sozialismusversuch“ (S. 9) – ein „Versuch“, der immerhin vierzig Jahre dauerte, Lebenschancen ruinierte und Menschen sogar physisch vernichtete. Gescheitert ist dieser „Versuch“ in den Augen der PDS in erster Linie lediglich am Fehlverhalten einzelner Führungsfiguren. Als Neo-SED will die PDS daher einen weiteren Großversuch mit Menschen starten. Nicht umsonst wird die linksextreme Partei vom Verfassungsschutz beobachtet.

Laut Bundesverfassungsschutzbericht von 1995 bieten Politik und Programm der PDS „deutliche Anhaltspunkte dafür, daß sie die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland nicht akzeptieren, sondern überwinden will“ (S. 64). PDS-Spitzenfunktionäre wie Angela Marquardt vertreten dementsprechend die Auffassung, daß „wir uns die Mittel unseres Widerstandes nicht mehr aussuchen können“. Sie hält es für „sinnlos, ständig neu über die Gewaltfrage zu diskutieren. (...) Und wer Gewaltfreiheit proklamiert, ist meiner Meinung nach blauäugig“ (S. 67).

Eine kommunistische Partei

Anders als die kommunistischen Diktaturparteien Polens oder Ungarns ist die PDS kaum sozialdemokratisierbar. Denn in Deutschland gibt es nach wie vor eine sozialdemokratische Partei. Eine sozialdemokratisierte PDS wäre daher ziemlich überflüssig. Auch deshalb muß und soll die PDS nach ihrem Selbstverständnis bleiben, was sie ist: eine kommunistische Partei mit populistischer Taktik.

Für den Ruin im ehemaligen SED-Herrschaftsbereich fühlt sich die PDS ohnehin keineswegs verantwortlich. Obendrein polemisiert sie sogar gegen die Umbau- und Aufbauanstrengungen in den jungen Bundesländern und präsentiert in populistischer Manier ein Sammelsurium an kaum erfüllbaren Forderungen. Das alles aber hat die PDS selbstverständlich nicht daran gehindert, volle SED-Kassen und -Konten zu erben. Außerdem verfügt die Partei von allen Parteien in Ostdeutschland nach wie vor über die beste Struktur. Wenn es darum geht, vor Ort gegen den notwendigen Umbau der ostdeutschen Wirtschaft zu agitieren, ist die Partei mit ihren immer noch zahlreichen Kadern besonders rasch zur Stelle.

Profiteure der SED-Diktatur

Für ihre Agitation saugt die PDS viel Honig aus den schwierigen Übergangsproblemen von der Klassendiktatur und Kommandowirtschaft zur freiheitlichen Demokratie und Sozialen Marktwirtschaft. Kein Problem scheint es für die PDS dabei zu sein, mit Hans Modrow einen verurteilten Wahlfälscher als Ehrenvorsitzenden zu haben. Agile Profiteure der SED-Diktatur finden sich in den Reihen der PDS ohnehin in großer Zahl wieder. Dennoch – oder deshalb – erhalten gerade Gysi und seine geschulten Genossen häufig sogar die Chance, in Talkshows munter mitzuplaudern. Schließlich ist die PDS die einzige Partei in Deutschland, die mit dem „Neuen Deutschland“, dem alten SED-Blatt, über eine Tageszeitung verfügt.

Wie haltlos aber die Agitation der PDS-Truppen ist, zeigt ein Blick auf die Demoskopie. Ausweislich zahlreicher Umfragen ist die PDS gar nicht die Partei der „Einheitsverlierer“ – jedenfalls kaum im ökonomischen Sinne. Vielmehr gehört ein hoher Anteil der PDS-Wähler zur Schicht

der Bessergestellten. Nicht zufälligerweise ist die Zahl der PDS-Wähler üblicherweise dort am höchsten, wo früher bereits die meisten SED-Kader lebten. Die Partei der Einkommenschwächeren und vor allem der Arbeiter war bei der Bundestagswahl 1994 dagegen in den jungen Bundesländern primär die CDU.

Um vom Wesen der zweiten deutschen Diktatur abzulenken, wird die Ost-CDU mit der SED auf eine Stufe gestellt. Jedoch war die SED in der DDR die alleinige Führungspartei. Sie hat die Ost-CDU gleichgeschaltet und erst zu dem gemacht, was sie war. Dazu war es erforderlich, die CDU-Vorsitzenden in der Sowjetischen Besatzungszone zu unterdrücken, bis ein willfähriger Ost-CDU-Chef gefunden war. Mitgewirkt am Aufbau der DDR haben im übrigen Prokommunisten aus den Reihen der SPD, die auch mit Verführung und Zwang unterworfen wurde. Die Führungsfigur unter diesen Sozialdemokraten war Otto Grotewohl, der später erster Ministerpräsident der DDR wurde. .

In der DDR waren Politbüro und Zentralkomitee die wichtigsten Entscheidungsorgane. Darin waren selbstverständlich allein SED-Funktionäre vertreten. So steht es in erfreulicher Klarheit auch in der DDR-Verfassung: „Die DDR ist der sozialistische Staat der Arbeiter und Bauern unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei, der SED“. Als Akklamationsinstrument der SED-Führung sollten Volkskammer und Blockparteien dagegen Pluralismus lediglich suggerieren.

Sie waren und konnten nicht hauptverantwortlich für Bespitzelungen, Schießbefehl, Folter und Mord sein. Vielmehr gab es gerade in der Ost-CDU – neben einer angepaßten Führungsclique – zahlreiche Mitglieder, die trotz innerer Konflikte in der Partei blieben, um wenigstens dem Zugriff der SED zu entinnen. Anders als die SED hat die Ost-CDU sich 1989 von unten personell und programmatisch erneuert. Ihre

Mitglieder bekennen sich klar zum CDU-Programm sowie zur freiheitlichen Rechts- und Wirtschaftsordnung unseres Landes. Zudem hat die CDU entgegen manchen Unterstellungen auf das Vermögen der Ost-CDU verzichtet.

Schließlich droht in der Debatte gerade über die Verbrechen der Stasi zuweilen unklar zu werden, daß diese als Bespitzelungs- und Terrororganisation kein Staat im Staate war, sondern ein von der SED-Führung geschaffenes und gebrauchtes Instrument.

Bis 1989 war der Kommunismus in erster Linie eine äußere Bedrohung. Heute jedoch gefährdet er unsere Rechts- und Wirtschaftsordnung primär von innen, zumal der Einfluß kleinerer Parteien wachsen kann, wenn Parlaments-Mehrheiten besonders knapp sind. Allerdings konnte die PDS auch deshalb bereits zweimal in den Bundestag einziehen, weil die 5 Prozent-Hürde 1990 jeweils nur in Ost- oder Westdeutschland übersprungen werden mußte und die Partei 1994 von der Grundmandatsregel profitierte.

Danach tritt die 5-Prozent-Hürde außer Kraft, wenn eine Partei drei Direktmandate erringt. Weil die PDS in Ost-Berlin, also dort, wo die DDR-Hauptstadt einst lag, 1994 sogar vier Direktmandate errang, konnte sie die Sperrklausel überwinden, obwohl sie nur 4,4 Prozent der Stimmen in Gesamtdeutschland erzielte.

Insgesamt kommt es jetzt für unser Land darauf an, die PDS vor allem als klar koalitionsunfähig zu entarnen. Zugleich müssen alle verfassungstreuen Parteien, so schwierig das ist, nun möglichst geschlossen versuchen, den Teil der PDS-Wähler für unsere Rechts- und Wirtschaftsordnung zu gewinnen, der die Partei wählt, obwohl – statt weil – sie in ihrem Kern die Neo-SED ist. Denn keineswegs dürfen PDS-Wähler pauschal mit ideologisierten PDS-Funktionären gleichgesetzt werden. ■

Bundesverfassungsgericht bestätigt Auffassung zu Überhangmandaten

Zu den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts im Normenkontrollverfahren „Überhangmandate“ und in der Wahlprüfungsbeschwerde „Grundmandatsklausel“ erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski:

Das geltende Bundeswahlrecht mit seinen Überhang- und Grundmandaten bleibt bestehen und ist damit verfassungsgemäß. Das Bundesverfassungsgericht hat eine Normenkontrollklage des Landes Niedersachsen gegen die Regelung der Überhangmandate bei Stimmgleichheit von 4:4 abgewiesen. Die Regelung des § 6 Abs. 5 Bundeswahlgesetz, nach der einer Partei ihre Überhangmandate ohne Ausgleich für die anderen Parteien verbleiben, begegnet somit keinen verfassungsrechtlichen Bedenken. Die Vorschrift besteht so seit 1956, schon dreimal hat das Verfassungsgericht sie überprüft – immer mit dem Ergebnis der Verfassungskonformität. Unsere Auffassung, daß der Grundsatz der Wahlgleichheit nicht verletzt ist, wird somit unterstrichen. Dem Gesetzgeber steht bei der Ausgestaltung des Wahlrechts ein weiter Spielraum zu, der mit der Entscheidung für die personalisierte Verhältniswahl nicht überschritten worden ist.

Die Regelung zu den Überhangmandaten ist ein systemprägendes Element dieses Wahlsystems. Bei einer Verrechnung oder einem Ausgleich von Überhangmandaten würde dem Anliegen der personalisierten Verhältniswahl nicht mehr in vollem Umfang entsprochen. Überhangmandate stellen sich somit als eine notwendige Folge unseres kombinierten Verhältnis- und Mehrheitswahlrechts dar. Das Grundgesetz gibt lediglich die Gleichheit der Wahl vor, d. h.

die strikte Gleichheit des Zählwerts. Jede Stimme wiegt hier gleich. Eine relative Absicherung der Gleichheit des Erfolgswerts hängt indes vom Wahlsystem ab.

Die Entscheidung belegt: Die Klagen der Opposition über eine verfassungswidrige Benachteiligung sind haltlos. Die gegenwärtige Sitzverteilung im Bundestag bleibt bestehen.

Verfassungsfest

Zu den Wahlrechtsentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts erklärten der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rupert Scholz, und ihr Juristiar, Joachim Gres:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt die Urteile des Bundesverfassungsgerichts, da sie die erforderliche Klärung zentraler Wahlrechtsfragen herbeigeführt haben.

Die niedersächsische Landesregierung ist mit ihrem Versuch gescheitert, auf juristischem Wege die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag zu ändern. Die Regelung der Überhangmandate im Bundeswahlgesetz ist verfassungsfest. Wie nicht anders zu erwarten, hat das Bundesverfassungsgericht das Bemühen des Bundestages anerkannt, im Rahmen der Verkleinerung des Parlaments die Wahlkreise zur Bundestagswahl 2002 neu zuzuschneiden und bisher bestehende Größenunterschiede zu korrigieren.

Das Bundesverfassungsgericht hat die bisher geltende Grundmandate-Regelung zwar ebenfalls für verfassungskonform erklärt, aber an keiner Stelle des Urteils gesagt, sie sei verfassungsrechtlich zwingend. Der Gesetzgeber ist somit frei, die Zahl von drei Grundmandaten zur Über-

windung der Fünf-Prozent-Hürde heraufzusetzen oder diese Regelung ersatzlos abzuschaffen. Dies sollte ernsthaft in Erwägung gezogen werden, um dem Grundsatz der Wahlrechtsgleichheit im durch die Wiedervereinigung größer gewordenen Deutschland eine verstärkte Geltungskraft zu verleihen.

SPD-Versuch gescheitert

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Andreas Schmidt (Mülheim), erklärte zum Thema „Überhangmandate“:

Das Bundesverfassungsgericht hat die Auffassung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Thema Überhangmandate bestätigt. Überhangmandate waren, sind und bleiben rechtmäßig. Gerhard Schröder und die SPD sind vor dem höchsten deutschen Gericht mit ihrem Versuch gescheitert, die demokratische Legitimation der stabilen parlamentarischen Mehrheit der amtierenden Bundesregierung in Zweifel zu ziehen.

Die Klage der Niedersächsischen Landesregierung unter Schröder hatte auch das Ziel, unser bewährtes Wahlrecht für zukünftige Bundestagswahlen zugunsten der SPD zu verändern. Diesem Versuch hat das Bundesverfassungsgericht mit seinem heutigen Urteil einen Riegel vorge-schoben.

Überhangmandate beruhen auf der bewußten Entscheidung der Wählerinnen und Wähler und sind daher nicht nur nicht zu beanstanden, sondern in besonderem Maße demokratisch legitimiert.

Der Versuch der SPD, sich durch die Hintertüre Ausgleichsmandate für errungene Überhangmandate zu sichern, war vor dem Hintergrund des Bundestagsbeschlusses, den Bundestag ab 2002 erheblich zu verkleinern, geradezu grotesk. Ausgleichsmandate hätten zu einer erheblichen Vergrößerung des Bundestages geführt. Ich fordere die SPD auf, nach ihrem gescheiterten Versuch in Karlsruhe wieder zum Konsens in der Wahlrechtsfrage zurückzukehren.

Visa-Regelung ein voller Erfolg

Die Streichung des Visumsprivilegs für Kinder aus den Anwerbestaaten, ihre Gleichstellung mit Kindern und Jugendlichen aus anderen Staaten war aufgrund des geübten Mißbrauchs bei der Einreise Minderjähriger dringend geboten.

Immer häufiger wurden in den letzten Jahren Kinder unter 16 Jahren aus den betroffenen Staaten Türkei, Marokko, Tunesien sowie dem ehemaligen Jugoslawien allein nach Deutschland geschickt. Von 1994 bis 1996 hatte sich die Zahl auf 2068 verzehnfacht.

Erwin Marschewski, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion:

Nummehr zeigt sich der Erfolg der Neuregelung. Kamen in den ersten beiden Januarwochen, also vor der Neuregelung, noch 299 alleinreisende Minderjährige aus den ehemaligen Anwerbestaaten, so waren es in der zweiten Januarhälfte nur noch 169. Seitdem hat sich die Zahl drastisch reduziert. Im Februar kamen 13 alleinreisende Minderjährige und im März bisher lediglich 2.

Dies belegt zweierlei: Die Maßnahme war erforderlich. Sie ist auch erfolgreich.

Zivilschutzneuordnungsgesetz

Der Sicherheitsstandard für die Bürger bleibt erhalten

Bundestag und Bundesrat haben im März 1997 der Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses vom 26. Februar 1997 zum Zivilschutzneuordnungsgesetz zugestimmt. Damit sind die letzten parlamentarischen Hürden für die Neuordnung des Zivilschutzrechts genommen.

Ziele des Gesetzes sind:

- Eine engere Verzahnung des Zivilschutzes mit dem friedensmäßigen Katastrophenschutz, für den die Länder zuständig sind;
- der Verzicht auf bisherige Sonderstrukturen des Bundes; Beschränkung auf zivilschutzrelevante Ergänzung des Katastrophenschutzes der Länder;
- die Zusammenfassung der für den Zivilschutz zuständigen Behörden; Auflösung des Bundesverbandes für den Selbstschutz.

Gleichzeitig wird durch die mit dem Gesetz erfolgte Rechtsbereinigung und Verwaltungsvereinfachung ein wichtiger Beitrag zum Schlanken Staat geleistet – einer Schwerpunktaufgabe der Bundesregierung in dieser Legislaturperiode.

Die Neuordnung führt zu folgenden Konsequenzen: Wegen der veränderten Sicherheitslage wird der Bund kein besonderes bundeseigenes Warnsystem mehr vorhalten, den Bau von Schutzräumen nicht mehr fördern, keine Hilfskrankenhäuser mehr bauen und vorhalten, die dauernde

Bevorratung umfangreichen Sanitätsmaterials aufgeben und die Sanitätsmateriallager auflösen. In anderen Bereichen werden die Akzente neu gesetzt.

Der Bund verzichtet auf die Aufstellung besonderer Zivilschutzeinheiten; er ergänzt statt dessen den Katastrophenschutz der Länder durch zusätzliche Fahrzeuge und zusätzliche Ausbildung der Helferinnen und Helfer in wichtigen Bereichen (Brandschutz, Sanitätswesen, Betreuung und ABC-Schutz). Die vom Bund finanzierten Zentralwerkstätten und Schulen des Zivilschutzes werden aufgegeben.

**Bundesinnenminister
Manfred Kanther:
Zivilschutzneuordnungsgesetz
schafft klare Verhältnisse,
spart Kosten und ist ein
wichtiger Beitrag
zum „Schlanken Staat“.**

Der Bundesverband für den Selbstschutz wird rückwirkend zum 1. 1. 1997 aufgelöst. Die vom Bund geförderte Breitenausbildung in Erster Hilfe wird um Selbstschutzhinhalte erweitert.

Die Anpassungsmaßnahmen sind bereits umgesetzt worden, soweit dies ohne Änderung von Rechtsvorschriften möglich war. Das bedeutet, daß bereits seit 1995 das Technische Hilfswerk neu strukturiert.

das Bundesamt für Zivilschutz mit der Eingliederung der Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz organisatorisch gestrafft, auf den Verteidigungsfall bezogene Sonderstrukturen beseitigt und die Bundesressourcen weitgehend in den Katastrophenschutz der Länder integriert wurden.

Für die Aufgaben des Zivilschutzes sind im Haushalt 1997 insgesamt rd. 458 Mio DM bereitgestellt worden. Im Vergleich zu 1992 konnte damit der Jahresetat um rd. 380 Mio DM verringert werden. Die sich daraus seither kumulativ ergebenden Einsparungen betragen rd. 1,4 Mrd DM. Die vom Bund bis 1995 finanzierten vier Zivilschutzbehörden werden auf nur noch zwei Zivilschutzbehörden, und zwar die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk und das Bundesamt für Zivilschutz reduziert. Die Zahl der Bediensteten im Zivilschutz wurde inzwischen bei Bund und Ländern um rd. 1 450 sozialverträglich zurückgeführt. Die Reduzierung um weitere rd. 350 Beschäftigte ist geplant.

Letzte strittige Fragen sind ausgeräumt worden

Hierzu erklärt Bundesinnenminister **M Manfred Kanther**: „Mit der im Vermittlungsausschuss erzielten Einigung und der Zustimmung durch Bundestag und Bundesrat sind letzte strittige Fragen mit dem Bundesrat über die Neuordnung des Zivil-

schutzes ausgeräumt worden. Bereits von Anfang an betand aber mit den Ländern vollständige Übereinstimmung darüber, daß angesichts der veränderten Sicherheitslage die Neuordnung des Zivilschutzes unabweisbar ist und die Ressourcen des Bundes in den Katastrophenschutz der Länder eingebracht werden sollen. Durch die engere Verzahnung des Zivilschutzes mit dem friedensmäßigen Katastrophenschutz der Länder bleibt der Sicherheitsstandard für die Bürger erhalten.“

Künftig warnen die Länder im Auftrag des Bundes

In diesem Zusammenhang wies der Minister darauf hin, daß nunmehr künftig die Länder im Auftrag des Bundes auch vor den besonderen Gefahren warnen, die der Bevölkerung im Verteidigungsfall drohen, und der Bund das Instrumentarium der Länder, soweit erforderlich, ergänzt. Auch sei das schon bisher mit den Ländern bestehende grundsätzliche Einvernehmen über die Befristung der Abfinanzierung aufzulösender Zivilschutzeinrichtungen bis zum 31.12.1999 durch den Bund nunmehr gesetzlich geregelt.

„Die Reform des Zivilschutzrechts und des Zivilschutzes insgesamt ist ein wichtiger Beitrag zur Entbürokratisierung, zum „Schlanken Staat“ und zur Effizienzsteigerung trotz knapper werdender Ressourcen“, so Minister Kanther.

1.000 befristet Beschäftigte erhalten festen Job bei VW

Insgesamt 1.000 befristet Beschäftigte beim Volkswagenwerk werden jetzt fest eingestellt. Wie der Betriebsratsvorsitzende Klaus Volkert mitteilte, handelt es sich um Mitarbeiter, die im Frühjahr 1996 im Rahmen des Bündnisses für Arbeit befristet eingestellt worden waren. Jetzt habe sich der Betriebsrat mit dem Vorstand auf die Übernahme in ein festes Arbeitsverhältnis geeinigt. „Angesichts der dramatischen Arbeitslosenzahlen sind wir sehr froh, daß diese Kolleginnen und Kollegen weiterhin bei Volkswagen bleiben können“, sagte Volkert.

Kein Betrieb muß wegen der Altschulden Konkurs anmelden

Das Bundesverfassungsgericht hat am 8. April die von der Bundesregierung festgelegte Altschuldenregelung bestätigt.

Zum Zeitpunkt der Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Juli 1990 betragen die Schulden der früheren landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGen) insgesamt 7,6 Milliarden DM. Die Treuhand hat die sanierungsfähigen Betriebe frühzeitig um 1,4 Milliarden DM teilentschuldet. Die restlichen Verbindlichkeiten sind weitgehend gestundet. Die Unternehmen sind bilanziell entlastet.

Das heißt, die Schulden müssen nicht in die Bilanz aufgenommen werden. Zudem muß nur in den Jahren getilgt werden, in denen die Höfe Gewinne erwirtschaften. Die Tilgung ist dann auch auf höchstens 20 Prozent des Gewinns begrenzt. So ist verhindert, daß Betriebe aufgrund ihrer Altschulden Konkurs anmelden müssen.

Die Bundesregierung wird nun gemäß dem Urteil bis zum Jahr 2000 prüfen, ob die Altschulden innerhalb eines angemessenen Zeitraums von der Mehrzahl der Betriebe bei ordentlicher Wirtschaftsführung abgetragen werden können. Diese Überprüfung und Kontrolle ist deshalb notwendig, da auch während der Stundung die Schulden verzinst werden (derzeit mit rund 7 Prozent) und dadurch weiter wachsen können.

Es muß nun abgewartet werden, wie die weitere ökonomische Entwicklung der Betriebe verläuft. Ein Teil der Betriebe befindet sich in guter wirtschaftlicher

Verfassung, macht Gewinne und kann die Altschulden zurückzahlen. Bei der Überprüfung der Regelungen wird sich zeigen, ob Änderungen notwendig sind. Ostdeutsche CDU-Politiker haben sich dafür ausgesprochen, daß bereits frühzeitig Gespräche zur Klärung eventuell notwendiger Anschlußregelungen geführt werden sollten.

Insgesamt ist das Urteil für die wirtschaftenden LPG-Nachfolgeunternehmen positiv zu sehen. Wenn die Schuldenfrage anders entschieden worden wäre, hätte die Vermögensauseinandersetzung neu aufgerollt werden müssen. Alle Bilanzen hätten neu erstellt werden müssen. Wo die Schulden vermögensmindernd gestanden haben, hätten Korrekturen vorgenommen werden müssen.

Das jetzige Urteil gibt die Möglichkeit, die Altschuldensituation, die sich in jedem Unternehmen anders darstellt und differenziert betrachtet werden muß, in Ruhe zu prüfen und gegebenenfalls Ergänzungen vorzunehmen.

Ostdeutsche Länder

Während die Wohnungsneubautätigkeit in Westdeutschland im vergangenen Jahr merklich zurückgegangen ist, hat der Wohnungsbau in Ostdeutschland noch einmal deutlich zugelegt.

Bezogen auf die Einwohnerzahl liegen die neuen Bundesländer inzwischen sogar weit vor den westdeutschen Ländern. Mit 15,2 Baugenehmigungen pro 1.000 Einwohner rangiert Brandenburg - wie schon

Die CDU wendet sich gegen untaugliche und ideologisch motivierte Versuche mancher politischer Kräfte, mit dem Urteil zur Altschuldenregelung die Gräben zwischen Ost und West wieder aufbrechen zu lassen.

Kompromißweg

Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den landwirtschaftlichen Altschulden erklärten der Sprecher der ostdeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten, Paul Krüger, und der Berichterstatter für den Bereich Landwirtschaft, Ulrich Junghanns:

Erwartungsgemäß bestätigt das Urteil weitgehend die Rechtsauffassung des Bundes. Es wird aber auch zu Recht festgehalten, daß das wirtschaftliche Überleben der landwirtschaftlichen Betriebe nicht gefährdet werden darf. Deshalb ist es notwendig, zügig eine Anschlußregelung entsprechend der Leistungskraft der landwirtschaftlichen Unternehmen zu finden; hierzu sind jetzt schnell Gespräche zur Klärung der komplizierten Materie zu führen. Gestaltungsraum besteht insbesondere bei der Abgrenzung der Betriebsnotwendigkeit von Investitionen sowie bei der Ausgestaltung der Zinsen. Wichtig ist, daß die abschließende Lösung auch für eine ausreichende wirtschaft-

liche Motivation bei den landwirtschaftlichen Unternehmen in den neuen Ländern sorgt, mit möglichst großem wirtschaftlichen Erfolg zu arbeiten.

Das Urteil bestätigt auch den bei den Kommunalen Altschulden eingeschlagenen Kompromißweg.

Rechtsklarheit

Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts erklärte der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Egon Susset:

Die Entscheidung des obersten Gerichts über die Altschuldenregelung in der ostdeutschen Landwirtschaft schafft Rechtsklarheit für alle Beteiligten. Die abschließende Rechtsentscheidung setzt einen Schlußpunkt unter jahrelange Auseinandersetzungen und Diskussionen über die Altschuldenfrage. Vor diesem Hintergrund ist das Verfassungsgerichtsurteil zu begrüßen.

Aufschlußreich ist die übereinstimmende Einschätzung von Bundesregierung, Ländern und Berufsstand, daß kein landwirtschaftliches Unternehmen wegen seiner Altverbindlichkeiten in Konkurs gehen muß, weil die Altschulden lediglich mit 20 Prozent der erwirtschafteten Gewinne bedient werden müssen.

beim Wohnungsbau an der Spitze

1995 – an der Spitze und weist dabei, im Vergleich mit dem besten westdeutschen Bundesland Schleswig-Holstein, das 7,2 Baugenehmigungen auf 1.000 Einwohner hat, den mehr als doppelten Wert aus. Auf diese unterschiedliche Entwicklung hat das Bonner ifs Institut für Städtebau hingewiesen.

Während in Westdeutschland die Neubaugenehmigungen insgesamt 1996 um 15,0

Prozent auf 390.100 zurückgegangen seien, hätten sie in Ostdeutschland noch einmal um 5,6 Prozent auf den Rekord von 186.300 zugelegt. Dazu habe vor allem die sehr rege Wohnungsbautätigkeit in Mecklenburg-Vorpommern beigetragen. Die Zahl der genehmigten Wohnungen habe allein in diesem Bundesland um 47,5 Prozent zugenommen.

Wolfgang Schäuble:

Ein Leben lang lernen

„Was Hänchen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.“ Mit diesem Satz ist die Generation unserer Eltern und Großeltern zur Schule geschickt worden. Ob der Satz damals die Wirklichkeit traf, sollte man dahingestellt lassen. Heute macht er nur noch bedingt Sinn. Der Satz vom lebenslangen Lernen ist fast Allgemeingut geworden.

Alle fünf bis sieben Jahre verdoppelt sich das weltweit verfügbare Wissen. Die technischen Innovationen folgen immer schneller aufeinander. Es geht darum, die Kompetenz zu erwerben, mit dieser Informations- und Wissensfülle umzugehen und sie für Aufgaben in Beruf und Gesellschaft sinnvoll zu nutzen. So muß heute Hänchen vor allem lernen, wie es als Hans mit immer Neuem zurecht kommt.

Wie erreichen wir das? Vor allen institutionellen Antworten gilt es, wieder eine Einstellung zu vermitteln: Die Bereitschaft, sich auf Neues einzulassen und anzueignen, **neu-gierig** im wahren Sinne des Wortes zu sein. Das setzt ein gerüttelt Maß an Leistungsbereitschaft – früher nannte man es Fleiß – voraus.

Wir müssen aber auch unsere Bildungsinstitutionen verbessern. Einst galt das deutsche Bildungssystem als vorbildlich in der Welt. Das soll es wieder werden. Ich kann hier nur einige Punkte aufgreifen.

Eines unserer großen Probleme sind die zu langen Ausbildungszeiten. Wir brauchen eine Straffung der Studiengänge, neue Abschlüsse, die schneller erreicht werden können, vielleicht auch eine Verkürzung der Schulzeiten.

So wichtig eine ordentliche Rechtschreibung ist, noch mehr Anstrengungen

braucht es, damit noch mehr als bisher Fremdsprachen in den Schulen, auch in den Grundschulen, vermittelt werden. In unserer immer internationaler werdenden Welt führt daran kein Weg vorbei.

Im Bereich der beruflichen Bildung müssen wir wieder stärker auf die Einbindung der Ausbildung in die Betriebe achten, die Berufsschulbildung vom Zeitrahmen her flexibler gestalten.

Kernstück unserer Bemühungen wird eine Modernisierung unserer Hochschulen sein müssen. Hochschulen prägen Ansichten, Motivation und Leistungsverhalten künftiger Führungskräfte. Hochschulen sind Zentren der geistigen Auseinandersetzung und Wegweiser für Lösungen weit über den eigentlichen Wissenschaftsbetrieb hinaus. Soll das im Zeitalter der Massenuniversität funktionieren, brauchen die Hochschulen mehr Autonomie in Personalfragen, im Finanziellen und Organisatorischen. Sie müssen stärker mit der Wirtschaft kooperieren, in der Forschung, aber auch um die Studenten zielgerichteter ausbilden zu können. Die Fachhochschulen können letzteres vielleicht besonders gut. Bund und Länder verständigen sich deshalb zur Zeit über eine Novellierung des Hochschulrahmengesetzes.

Ein Aspekt ist dabei nicht zu vernachlässigen. Die deutschen Hochschulen würden für ausländische Studenten wieder interessanter. Und das ist wichtig. Hier in Deutschland ausgebildete Akademiker bilden einen wichtigen Anknüpfungspunkt für deutsche Firmen in ihren Heimatstaaten. Sie helfen die wirtschaftlichen Beziehungen des jeweiligen Landes zu Deutschland zu stärken, vielleicht mehr als jede andere Form der Wirtschaftsförderung. ■

Bundesregierung muß Konsequenzen aus dem Urteil ziehen

Zum Urteil des Berliner Kammergerichts in dem Mykonos-Verfahren erklärte der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Karl Lamers:

Die Feststellung des Gerichts, „daß die Tat-hintergründe bis in die höchsten Spitzen des iranischen Staates reichen“ und „die Tat bis auf höchste staatliche Stellen im Iran zurückzuverfolgen ist“, ist ein Beleg für den Staatsterrorismus des iranischen Regimes, der von der internationalen Gemeinschaft nicht hingenommen werden kann.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, Konsequenzen aus dem Urteil zu ziehen und sich für eine internationale Verurteilung der staatsterroristischen Aktivitäten der iranischen Führung einzusetzen. Die Bundesregierung muß den iranischen Botschafter in Bonn unmittelbar einbestellen und den deutschen Botschafter im Iran zurückrufen. Es ist zu hoffen, daß unsere EU-Partner ebenso verfahren. Der „kritische Dialog“ mit dem Iran, auf den sich die EU-Staaten gemeinsam verständigt haben, muß suspendiert werden, und es muß eine grundlegende Überprüfung der europäischen Iran-

Politik erfolgen. Die internationale Gemeinschaft ist aufgefordert, eine politische Verurteilung im Rahmen der laufenden UNO-Menschenrechtskonferenz vorzunehmen.

Deutlich muß aber auch werden, daß mit diesem Urteil keine Beleidigung weder des iranischen Volkes noch seiner Religion verbunden ist. Das Urteil darf das Zusammenleben von Deutschen und Iranern weder in Deutschland noch im Iran beeinträchtigen. Die Deutschen im Iran sind nun besonders gefährdet. Die Ankündigung von Außenminister Welayati, daß ihre Sicherheit gewährleistet ist, ist zu begrüßen. Es bleibt zu hoffen, daß das Urteil nicht auf Kosten der Deutschen im Iran von radikalen Gruppierungen aus wahlkampfaktischen Erwägungen heraus mißbraucht wird. Ein besonnenes Handeln auf beiden Seiten ist wichtig, um eine Eskalation der Gewalt zu vermeiden. Erst die Präsidentenwahlen im Mai werden zeigen, auf welche iranische Führung sich die Europäische Union bei der Formulierung ihrer Iran-Politik einstellen muß.

Rückgang um acht Prozent weniger Asylbewerber

Die Zahl der Asylbewerber in der Bundesrepublik geht weiter zurück. Im vergangenen Monat registrierten die Behörden 8.392 Antragsteller, 729 oder acht Prozent weniger als im März 1996, teilte das Bundesinnenministerium mit. Seit Jahresbeginn beantragten 27.846 Personen in Deutschland politisches Asyl, 8,1 Prozent weniger als im ersten Quartal 1996 (damals 30.302). Hauptherkunftsländer waren die Tür-

kei (5.710), Irak (3.663) und die Bundesrepublik Jugoslawien (3.175). Das Nürnberger Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge entschied im März über 14.410 Anträge. Als Asylberechtigte anerkannt wurden 859 Personen (sechs Prozent). Abschiebeschutz wurde in 767 Fällen (5,3 Prozent) gewährt, bei 263 Personen wurden Abschiebehindernisse festgestellt.

Deutschland auf dem Weg zum EURO

Anläßlich des Württembergischen Sparkassentages am 10. April in Ludwigsburg führte Bundesfinanzminister Theo Waigel in seiner Rede u.a. aus:

Wir stehen an der Schwelle des 21. Jahrhunderts. Diese Zeitenwende sollte uns Anlaß sein, Bilanz zu ziehen und über die Gestaltung der Zukunft nachzudenken. Was haben wir in diesem Jahrhundert erreicht, welche Vorstellungen haben wir für die nächsten Jahrzehnte? Wie geht es in der Weltwirtschaft weiter, mit dem Weltwährungssystem? Wie sieht das neue „Haus Europa“ der Zukunft aus, und welche Schlußfolgerungen ergeben sich für den Standort Deutschland?

Die Zunahme des internationalen Wettbewerbs, die wachsende Standortkonkurrenz sowie der sich beschleunigende Strukturwandel werfen ihre Schlagschatten auf den deutschen Arbeitsmarkt. Die Tarif-, Sozial- sowie die Wirtschafts- und Finanzpolitik werden davon beeinflusst.

Die Zukunft kann gewonnen oder verspielt werden. Wenn wir unser Land auf die globalen, europäischen und nationalen Herausforderungen richtig vorbereiten, wird Deutschland zu den Gewinnern der neuen Zeit gehören. Die Bundesregierung hat mit der Symmetrischen Finanzpolitik ein Konzept, das von allen nationalen und internationalen Experten als beispielhaft angesehen wird.

Optimismus und die Bereitschaft Probleme gemeinsam anzupacken, das sind die Dinge, die eine Gesellschaft braucht, um die Zukunft zu meistern. Hierzu zählt auch ein ethisches Fundament, verbunden mit Innovationsfreude und Gründergeist. Wenn Deutschland den Wandel nicht schafft, wäre das auch für unsere Partner fatal. Deutschland ist ein wichtiger Teil Europas und der Weltwirtschaft.

Eine Europäische Union ohne mehr wirtschaftliche Konvergenz, ohne einen höheren Grad an Wechselkursstabilität und ohne die logische Konsequenz einer einheitlichen Währung würde letztlich alle bereits erzielten Vorteile des einheitlichen Binnenmarktes in Frage stellen. Die Vollendung und Absicherung des Binnenmarktes sichert bei uns Millionen von Arbeitsplätzen und zugleich die Wachstumsdynamik, die wir für neue Arbeitsplätze brauchen.

Die Währungsunion liegt in unserem ureigensten Interesse. Die Exportnation Deutschland profitiert von offenen Märkten.

Theo Waigel: Arbeitsplätze von morgen erfordern heute Reformbereitschaft. Jeder Zeitverlust wäre schädlich.

ten ohne Wechselkursrisiko, von einem starken, stabilen EURO-Block im Weltwährungssystem.

Die gesamte Handelspolitik, aber auch große Teile der Wirtschafts-, Umwelt-, Rechts- und Wettbewerbspolitik werden heute schon auf europäischer Ebene gestaltet. Hierzu paßt keine nationalstaatliche Geld- und Wechselkurspolitik. Nur eine gemeinsame Währungspolitik kann auf Dauer die Rahmenbedingungen für stabiles, dauerhaftes Wachstum schaffen.

Kleine und mittlere Unternehmen im Exportgeschäft haben in der Vergangenheit stark unter überschießenden Wechselkursveränderungen gelitten. International operierende Konzerne halten ganze Abteilungen für die Beschäftigung mit Finanzkursen zur Sicherung gegen Wechselkurschwankungen vor. Kleine und mittlere Unternehmen können das nicht.

Mit dem Wegfall des Wechselkursrisikos fällt kleinen und mittleren Unternehmen der Ein- und Verkauf im Ausland leichter. Es können langfristige Geschäftsbeziehungen aufgebaut und gepflegt werden, die nicht durch plötzliche Wechselkurschwankungen gefährdet werden. Neben diesen speziellen Vorteilen kommen kleinen und mittleren Unternehmen die allgemeinen Vorteile der Wirtschafts- und Währungsunion zugute.

Die makroökonomischen Rahmenbedingungen werden dank der beeindruckenden Konvergenzfortschritte in der Europäischen Union immer günstiger. Mit einem großen einheitlichen und stabilen Wirtschaftsraum verbessern sich in Deutschland die Voraussetzungen für Wachstum und Arbeitsplätze.

Alternative zum Dollar

Mit der Schaffung des EURO entsteht ein europäischer Währungsraum von globalem Gewicht, der eine wirkliche Alternative zum US-Dollar darstellen wird. Damit wird die Abhängigkeit Europas vom Dollarkurs und von den Dollarzinsen gelockert werden. Europa kann sich stärker an seinen eigenen Erfordernissen orientieren und eine wichtige Stimme im Konzert der Weltwährungen abgeben. Dazu müssen die Märkte, aber auch die Bürger in unserem Land von der Stabilität des EURO überzeugt sein. Unsere gemeinsame Aufgabe besteht darin, den Märkten und den Bürgern immer wieder deutlich zu machen, daß der EURO alle Voraussetzungen dazu hat.

Beim Übergang zur Währungsunion müssen die Weichen richtig gestellt sein. Viel steht auf dem Spiel. Bei fast 5 Billionen D-Mark Geldvermögen der privaten Haushalte in Deutschland bedeutet jeder Prozentpunkt Inflation Vermögenseinbußen von rund 50 Milliarden D-Mark. Deshalb haben wir im Maastrichter Vertrag eine klare Regelung über die Geldpolitik. Sie

Frei und geeint

Mit diesem Titel ist pünktlich zum 40. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 1957 ein Band mit Darstellungen und Dokumenten der europapolitischen Ideen, Initiativen und Leistungen der Unionsparteien erschienen.

Untertitel: Europa in der Politik der Unionsparteien. Herausgegeben von Günter Rinsche.

342 Seiten.

Verkaufspreis: 35,- DM

ISBN 3-412-00997-0

Erschienen im Böhlau Verlag Köln
Theodor-Heuss-Str. 76
51149 Köln

orientiert sich am Modell der Deutschen Bundesbank und geht in einzelnen Punkten sogar noch darüber hinaus. Dazu kommen die Konvergenzkriterien, die den „ungefugten Zutritt“ in die WWU verhindern.

Nach dem Grundsatzbeschluss des Europäischen Rates von Dublin im Dezember 1996 und den Beschlüssen des ECOFIN vor wenigen Tagen in Noordwijk über den von uns vorgeschlagenen Stabilitätspakt ist der Rahmen für einen stabilen EURO jetzt komplett.

Entscheidung im Mai 1998

Nicht alle 15 Mitgliedstaaten der EU werden sofort den strengen Anforderungen des Vertrages und des Stabilitätspakts entsprechen können oder wollen. Der Kreis der Mitglieder zu Beginn der Währungsunion wird kleiner als 15 sein. Die Entscheidung darüber trifft der Europäische Rat auf Vorschlag der Finanzminister Anfang Mai 1998. Bis zum Beginn der Währungsunion

sind in vielen Ländern noch erhebliche Konsolidierungsanstrengungen erforderlich – auch in Deutschland.

Deutschland ist sich seiner Verantwortung für einen gelungenen Start der WWU bewußt. Mit dem Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung haben wir die richtigen Maßnahmen ergriffen. Das ist erst kürzlich bei der Diskussion des deutschen Konvergenzprogramms im ECOFIN einmütig bestätigt worden. Risiken auf dem Arbeitsmarkt und Abweichungen bei den Steuereinnahmen gegenüber der Novemberschätzung sind schon berücksichtigt. Auch die aktuellen Entwicklungen geben keinen Grund, von dieser Prognose abzuweichen. Auch unsere europäischen Partner haben sich dieser Stabilitätsphilosophie verschrieben.

Natürlich müssen wir weiter sparen – aber nicht für Maastricht, sondern für uns selbst. Wir müssen sparen, um den Standort Deutschland weiter auszubauen und zu sichern. Jede gespar-

te D-Mark ist eine Investition in das 21. Jahrhundert.

Unsere Finanzpolitik ist kein buchhalterisches Konzept, wo einfach irgendwo der Rotstift angesetzt wird. Vielmehr geht es darum, durch grundlegende Strukturreformen die dynamischen Ausgabepositionen in den Griff zu bekommen.

Wir brauchen Freiraum für die Initiative der privaten Unternehmen. Nur dort entstehen die dringend benötigten neuen dauerhaften Arbeitsplätze. Wir brauchen die große Steuerreform 1998/99, wir brauchen den leistungs- und investitionsfreundlichen Zukunftstarif.

Kurz vor der Jahrtausendwende steht Deutschland am Scheideweg. Gewinnen wir die Zukunft oder laufen wir ihr mühsam hinterher? Keiner darf sich jetzt seiner Verantwortung entziehen – Arbeitsplätze von morgen erfordern heute Reformbereitschaft. Jeder Zeitverlust wäre schädlich für Deutschland.

Abbau von Zigarettenautomaten um Schulen und Jugendzentren

In intensiven Gesprächen zwischen dem Bundesverband Deutscher Tabakwaren-Großhändler und Automatenaufsteller (BDTA) und dem Bundesministerium für Gesundheit konnte eine freiwillige Selbstbeschränkung bei der Aufstellung von Zigarettenautomaten im Umfeld von Schulen und Jugendzentren erreicht werden.

Die wesentlichen Punkte der Selbstbeschränkung, der sich die einzelnen Automatenaufsteller anschließen sollen, sind:

- Zigarettenautomaten, die an Schulgebäuden oder an Jugendzentren oder

auf deren Grundstücken aufgestellt sind, werden innerhalb von drei Monaten abgebaut.

- In einem Sichtfeld von 50 m vom Haupteingang einer Schule oder eines Jugendzentrums und innerhalb der diese Einrichtung umlaufenden Straßenabschnitte werden ab sofort keine zusätzlichen Automaten mehr aufgestellt.

- Auf Außenautomaten wird keine tabakbezogene Werbung zugelassen. Die Einhaltung dieser Verpflichtung wird vom BDTA überwacht, und Verstöße werden von einem Schiedsgericht mit Vertragsstrafen von bis zu 1 000 DM geahndet.

CDU für Reform der europäischen Entwicklungspolitik

Die CDU Deutschlands spricht sich für eine grundlegende Reform der europäischen Entwicklungspolitik in der Europäischen Union aus. Dies erklärten der CDU-Europaabgeordnete Peter Liese (Leiter der Arbeitsgruppe Europäische Entwicklungspolitik) und der CDU-Bundestagsabgeordnete Armin Laschet (stellvertretender Vorsitzender des CDU-Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik) anlässlich der Vorstellung eines Papiers des CDU-Bundesfachausschusses mit dem Titel „**Perspektiven der europäischen Entwicklungspolitik**“ in Bonn:

„Es ist keinesfalls richtig, wenn die europäische Entwicklungszusammenarbeit pauschal verurteilt wird. Die CDU tritt Renationalisierungstendenzen in diesem Zusammenhang entschieden gegenüber“, sagten Liese und Laschet.

Das CDU-Papier betont die Chancen der europäischen Einigung für eine weltweite Entwicklungszusammenarbeit. Die Gesamthilfe der EU und ihrer Mitgliedstaaten mache ca. 50 Prozent der Entwicklungszusammenarbeit weltweit aus. Dies biete große Chancen, wenn man das Potential gemeinsam nutze. Allerdings sei die europäische Entwicklungszusammenarbeit noch mit vielen „Kinderkrankheiten“ behaftet, so Liese und Laschet. Bei der jetzt anstehenden Diskussion um die Entwicklungszusammenarbeit nach Lomé IV müßten diese „Krankheiten“ beim Namen genannt und beseitigt werden.

In dem Papier, das der Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik einstimmig angenommen hat, heißt es wörtlich, daß

„nur eine Entwicklungspolitik aus einem Guß, die sich an den Bedürfnissen der Menschen und den ordnungspolitischen Erfordernissen orientiert“, erfolgreich sein kann.

Künftig objektive Kriterien

Daher wird eine Globalisierung, Differenzierung und Regionalisierung des Abkommens von Lomé angestrebt. In Zukunft sollen objektive Kriterien wie Pro-Kopf-Einkommen, dessen Verteilung, Einhaltung von Menschenrechten und verantwortungsvolle Regierungsführung Vorrang vor kolonialen Altbindungen haben. Die least developed countries in Asien und Lateinamerika sollen den ärmeren AKP-Staaten gleichgestellt werden (bisher genießen die 70 sogenannten AKP-Staaten vor allen Dingen als ehemalige britische und französische Kolonien besondere Handelspräferenzen und finanzielle Unterstützung von seiten der Europäischen Union).

Das Papier betont nochmals die CDU-Forderung nach Eingliederung des europäischen Entwicklungsfonds in den Haushalt der Europäischen Union und nach voller Mitbestimmung des Europäischen Parlaments in diesem Bereich. Liese und Laschet forderten, daß die Bundesregierung bereits bei den anstehenden Verhandlungen über die Revision des Maastrichter Vertrags auf einen solchen Schritt drängen sollte.

In einem eigenen Punkt wird auch auf den Zusammenhang von Umwelt und Entwicklung hingewiesen. Liese und Laschet weisen auf die nicht zu unterschätzende Vorbildfunktion der Industrieländer hin. ■

Bundesinnenminister Manfred Kanther:

Die Schengen-Strategie hat sich bewährt

Am 26. März jährte sich die Inkraftsetzung des Schengener Durchführungsübereinkommens (SDÜ) zum zweiten Mal. Seit dem 26. März 1995 wenden Belgien, die Niederlande, Luxemburg, Frankreich, Spanien, Portugal und Deutschland die Bestimmungen des Übereinkommens praktisch an. Seitdem können die gemeinsamen Land-, Luft- und Seegrenzen dieser Staaten von jedermann an jeder beliebigen Stelle kontrollfrei überschritten werden. Die Abschaffung der Personenkontrollen an den Schengen-Binnengrenzen ist mit einem Paket von Ausgleichsmaßnahmen verbunden, die die mit dem Wegfall der Kontrollen entstehenden Sicherheitsverluste kompensieren.

Die Ausgleichsmaßnahmen haben sich im wesentlichen bewährt. Die Abschaffung der Personenkontrollen an den Grenzen Deutschlands zu den Schengener Partnerstaaten hat die Sicherheitslage in Deutschland nicht negativ beeinflusst. Wichtige Maßnahmen, die nach dem Schengener Durchführungsübereinkommen auch in Zukunft einen hohen Sicherheitsstandard gewährleisten werden, funktionieren. Hierzu gehören eine intensive Sicherung der Schengener Außengrenzen, eine intensivierte polizeiliche Zusammenarbeit, die Kooperation der Schengen-Staaten in den Bereich Visa und Asyl sowie das Schengener Informationssystem.

Hierzu erklärt Bundesinnenminister Manfred Kanther:

1. Der Wegfall der Grenzkontrollen ist ein unabdingbarer Bestandteil der europäischen Einigung. Nach Verwirklichung des freien Warenverkehrs, der Dienstleistungsfreiheit und der Niederlassungsfreiheit gilt endlich auch freier Personenverkehr. Europa ist durch Schengen für jeden Bürger „grenzenlos“ geworden.

2. Jahrestag der Inkraftsetzung des Schengener Durchführungsübereinkommens

Mit der Unterzeichnung des Beitritts der nordischen Staaten zum Schengener Verbund im Dezember 1996 sind die Voraussetzungen für eine weitere Ausdehnung dieses Freizügigkeitsraumes geschaffen worden. Nach Ratifizierung und Inkraftsetzung des SDÜ auch für Dänemark, Finnland, Schweden, Norwegen und Island werden Schengen-Bürger und Angehörige von Drittstaaten, die sich im Schengen-Raum legal aufhalten, die Grenzen zu den skandinavischen Staaten kontrollfrei passieren dürfen.

2. Das Schengener Durchführungsübereinkommen hat sich auch im zweiten Jahr seiner praktischen Anwendung für Deutschland und seine Schengen-Partnerstaaten bewährt. Freizügigkeit an den Binnengrenzen darf aber nicht „freie Fahrt“

für Straftäter bedeuten. Deswegen ist es erforderlich, die Grenzgebiete besonders zu schützen. Der Bundesgrenzschutz bleibt daher auf Dauer im 30 km tiefen Binnengrenzhinterland präsent, wo er ein breites Aufgabenfeld von der Überwachung und Aufklärung bis hin zum Zugriff in konkreten Gefahren- und Verdachtsfällen abdeckt, ohne systematische und ereignisunabhängige Grenzkontrollen durchzuführen.

3. Die Attraktivität des Schengener Weges fußt auf der Doppelstrategie, Kontrollfreiheit an den inneren Grenzen zu bieten, gleichzeitig aber die dadurch entstehenden Sicherheitseinbußen durch Ausgleichsmaßnahmen zu kompensieren. Die Schlüsselrolle dieses Konzepts hat sich auch im zweiten Jahr der Geltung des Schengener Regimes bestätigt. Weder für die Gesamtkriminalitätslage in Deutschland noch für die Kriminalitätsentwicklung in den Binnengrensräumen ergeben sich Hinweise darauf, daß der Abbau der Personenkontrollen an den Schengen-Binnengrenzen negative Auswirkungen gehabt hätte.

4. Die Sicherung der Außengrenzen ist eine der wichtigsten Ausgleichsmaßnahmen. Zu ihrem Schutz setzt Deutschland derzeit rund 19 000 (1995: 17 000) Kräfte ein. Hierzu gehören BGS, Zoll, Bayerische Grenzpolizei, Wasserschutzpolizei Bremen und Hamburg. Der Bundesgrenzschutz wird auch weiterhin seinen Aufgabenschwerpunkt in der Sicherung der Außengrenzen haben. So wurde die Präsenz des Bundesgrenzschutzes an diesem Aufgabenbrennpunkt 1996 von 9.700 auf 11 700 Kräfte weiter verstärkt. Das Hauptkontingent mit 5.800 Kräften des BGS und 4.200 Bediensteten anderer Behörden ist an der Grenze zu Polen und Tschechien entsprechend der besonderen Migrations- und Kriminalitätsbelastung dieses Abschnitts stationiert.

Eine höhere Polizeidichte besteht an keiner anderen Grenze in Europa. Bundesgrenzschutz, Bayerische Grenzpolizei und Zoll kontrollieren nicht nur auf der Grenzlinie, sondern werden in Reaktion auf die mobile und flexible Taktik der Schleuser, Drogenkurier und Kfz-Verschieber vor allem in der Tiefe des Raumes tätig. Die Erfolge des Bundesgrenzschutzes an den Schengen-Außengrenzen zeigen, daß das Instrument „Grenze“ als Filter für die Erkennung und Bekämpfung illegaler Zuwanderung und grenzüberschreitender Kriminalität funktioniert. So wurden 1996 an den Außengrenzen insgesamt 25 551 unerlaubte Einreisen festgestellt. Damit wird gegenüber dem Vorjahr (28 336) ein rückläufige Tendenz ersichtbar.

5. Mit dem Schengener-Informationssystem (SIS) steht den Schengen-Staaten ein wichtiges gemeinsames Fahndungsmittel zur Verfügung, das die in dieses System gesetzten Erwartungen erfüllt:

- Die Nutzung des Schengener Informationssystems ist insgesamt zufriedenstellend.
- Die mit SIS erreichten Treffer belegen dessen praktische Effizienz.
- Die technische Verfügbarkeit des SIS weist mit über 98 Prozent einen hohen Wert auf.

Im Zeitraum vom 1. 1. 1996 bis 31. 12. 1996 wurden 8 793 Trefferfälle aufgrund deutscher Ausschreibungen von Schengen-Partner erzielt. Zur Zeit sind ca. 4,6 Mio. Datensätze in SIS geladen (1995: ca. 4,0 Mio.), davon rund 2,6 Mio. von Deutschland (1995: ca. 2,5 Mio.).

6. Die grenzüberschreitende polizeiliche Kooperation mit unseren Partnerstaaten bedarf weiterer Intensivierung. Hierzu dienen bilaterale Vereinbarungen mit den an Deutschland angrenzenden Staaten. ■

Schröder ist nicht der große Macher, sondern Schulden-Macher

Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, Walter Link, hat für die Empfehlung von Gewerkschaften, Gerhard Schröder als Kanzlerkandidaten der SPD aufzustellen, kein Verständnis.

Gerhard Schröder trägt seit sechs Jahren als Ministerpräsident in Niedersachsen Verantwortung. In dieser Zeit wurde Niedersachsen in den finanz- und wirtschaftspolitischen Ruin geführt. Darum hat er nicht das Zeug dazu, Kanzler der Bundesrepublik Deutschland zu werden. Anstatt die Flucht aus dem selbstverschuldeten Chaos in Niedersachsen nach Bonn anzutreten, sollte Schröder lieber seine niedersächsischen Probleme ernst nehmen.

Als völlig unverständlich empfindet Link auch, daß ausgerechnet Gewerkschafter jemanden als SPD-Kanzlerkandidaten vorschlagen, dem es an sozialpolitischer Sensibilität fehlt.

So hat Schröder in Niedersachsen tiefe finanzielle Einschnitte in die Sozialpolitik vorgenommen, insbesondere bei den Schwächsten, die keine Lobby haben und daher am meisten auf die soziale Fürsorge des Staates angewiesen sind. So hat Schröder für die Pflege behinderter Menschen im Doppelhaushalt 1995/96 eine Nullrunde gefahren. Die Zuschüsse für die Sozialstationen wurden radikal gekürzt.

Auch in der Wirtschafts- und Finanzpolitik hat Niedersachsen eine katastrophale Talfahrt erlebt. Heute steht kein anderes westdeutsches Flächenland so schlecht da wie Niedersachsen. Die Finanzkrise des Landes ist hausgemacht, die Netto-Neuverschuldung seit 1990 förmlich explodiert. Für diese traurige Entwicklung trägt Schröder allein die Verantwortung, denn

die Steuereinnahmen Niedersachsens sind in dieser Zeit um 35 Prozent gestiegen. Die Folge der chaotischen Finanzpolitik: die Zinsausgaben Niedersachsens betragen 1996 knapp 4 Milliarden DM: 10 Prozent des gesamten Landeshaushaltes.

Wirtschaftsförderung wird von der Schröder-Regierung klein geschrieben. Seit 1990 wurde der Wirtschaftsförderfonds von 285 Mio. DM auf 133 Mio. DM reduziert. Schröder verweigert Mittelstandunternehmen finanzielle Unterstützung und gefährdet Arbeitsplätze. Das Landesdarlehensprogramm für Unternehmensgründungen wurde rigoros von 152 Mio DM auf 50 Mio DM zusammengestrichen. Mittel der Europäischen Union zur Wirtschaftsförderung verfallen, weil nicht genügend Landesmittel zur Mitfinanzierung zur Verfügung gestellt werden.

Schröder ist nicht der große Macher, sondern der Schuldenmacher, der Niedersachsen in das wirtschafts- und finanzpolitische Abseits manövriert hat. Die Arbeitnehmer mit ihren Familien müssen die Suppe, die Schröder Niedersachsen eingebrockt hat, auslöffeln. Darum ist die Empfehlung der Gewerkschaften für Schröder als SPD-Kanzlerkandidat völlig unverständlich. Wer bewiesen hat, daß er ein Bundesland nicht regieren kann, taugt auch nicht als Kanzlerkandidat. Die Gewerkschaften sollten vielmehr Schröder auffordern, endlich seine Hausaufgaben in Niedersachsen zu erledigen. Die Gewerkschaften sollten erkannt haben, daß Schröder vor den niedersächsischen Problemen in die Bundespolitik fliehen will. Schröders bundesweiten wirtschaftspolitischen Ratschläge sind angesichts seines Scheiterns in Niedersachsen reine Worthülsen.

Christian Wulff einstimmig zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 1998 vorgeschlagen

Einstimmig hat der Landesvorstand der CDU in Niedersachsen den 37jährigen Rechtsanwalt Christian Wulff dem Landesparteitag am 20./21. Juni in Oldenburg als Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten bei der Landtagswahl 1998 vorgeschlagen. Christian Wulff ist seit 1994 Landesvorsitzender der CDU in Niedersachsen sowie Fraktionsvorsitzender und Oppositionsführer im Niedersächsischen Landtag.

Inhaltlich steht im Mittelpunkt des Landesparteitages die Sicherung von Arbeitsplätzen und eine durchgreifende Verwaltungsreform unter dem Motto „Weniger Staat – mehr Arbeitsplätze“. Christian Wulff wird als Ministerpräsi-

dent für Niedersachsen politische Versprechen und politisches Handeln wieder in Einklang bringen: „Nicht mit Populismus, sondern mit Ehrlichkeit, Mut und Klarheit werden wir Niedersachsen aus der schwersten Krise des Landes seit seinem Bestehen hinausführen“, erklärte Wulff vor dem Landesvorstand.

Der Landesvorstand beschloß, am 24. Mai in Bückeburg auf einem Kleinen Parteitag eine „Offensive zur Bildungspolitik in Niedersachsen“ durchzuführen. Gast wird der sächsische Staatsminister für Kultus, Matthias Röbler, sein. Der Landesauschuß wird Leitlinien zur Bildungspolitik beschließen.

Inflationsrate sinkt auf 1,5 Prozent

Die zum Jahresbeginn beschleunigte Teuerung hat sich deutlich beruhigt und im März wieder das niedrige 96er Niveau erreicht. Vor allem dank rückläufiger Preise bei Nahrungsmitteln und Pauschalreisen sank die jährliche Teuerungsrate auf 1,5 Prozent, nachdem sie in den beiden Vormonaten auf 1,7 und 1,8 Prozent geklettert war.

Auch am Monatsvergleich ist die gemäßigte Entwicklung ablesbar: Zwischen Februar und März gingen die Preise für die Lebenshaltung der privaten Haushalte um 0,2 Prozent zurück, teilte das Statistische Bundesamt mit.

Für die rückläufige Entwicklung machen die Statistiker vor allem Ausgabepositionen verantwortlich, bei denen noch im

Vormonat saisonbedingt kräftige Aufschläge zu verzeichnen waren. So wurden Pauschalreisen, die zwischen Januar und Februar rund 13 Prozent teurer wurden, einen Monat später wieder zwei bis vier Prozent billiger verkauft. Deutliche Abschläge um die drei Prozent wurden binnen Monatsfrist auch bei saisonabhängigen Nahrungsmitteln registriert.

Auch die Energiepreise ermäßigten sich, verursacht durch saisonbedingte Rückgänge, um zehn Prozent bei Heizöl. Preissteigerungen hielten sich demgegenüber in Grenzen: So wurden Fisch und Eier von Februar auf März um etwa 0,6 Prozent teurer, ebenso Kraftstoffe und Autoreparaturen.

Unterschiede bei der Entwicklung der Teuerung in West- und Ostdeutschland gibt es inzwischen nicht mehr. Für das frühere Bundesgebiet und die neuen Bundesländer ermittelten die Statistiker die gleiche jährliche Inflationsrate von 1,6 Prozent. ■

Trauer um Erik Blumenfeld

Als einen „großen Patrioten“ und Politiker, „für den Völkerverständigung und Ausgleich, Menschlichkeit und Humanität immer im Mittelpunkt gestanden haben“, hat der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, Erik Blumenfeld gewürdigt, der am 10. April im Alter von 82 Jahren in Hamburg gestorben ist.

Der Bundeskanzler erinnerte an „die leidvollen Erfahrungen“ Blumenfelds, an „die persönliche Verfolgung während der Zeit des nationalsozialistischen Unrechtregimes“ und hob dessen Einsatz nach Kriegsende „für den Wiederaufbau eines demokratischen Staatslebens in Deutschland“ hervor.

Helmut Kohl: „Darüber hinaus standen die Aussöhnung zwischen Juden und Christen in Deutschland und die deutsch-israelische Verständigung im Mittelpunkt seines Wirkens. Als langjähriger Präsident der deutsch-israelischen Gesellschaft hat er Außergewöhnliches für dieses Ziel und für freundschaftliche Beziehungen zwischen dem deutschen und dem israelischen Volk geleistet.

Als Mitglied der hamburgischen Bürgerschaft, als Kandidat für das Amt des Er-



sten Bürgermeisters und als Vorsitzender der Hamburger CDU hat sich Erik Blumenfeld auch in den Dienst seiner Vaterstadt gestellt.“

Als „Mitglied des Deutschen Bundestages, der parlamentarischen Versammlungen des Europarats und der Westeuropäischen Union sowie der Nordatlantischen Versammlung“ hat Erik Blumenfeld „über Jahrzehnte hinweg mit seiner Glaubwürdigkeit, seiner Aufrichtigkeit und seiner Fähigkeit zum Ausgleich dazu beigetragen, Vertrauen und Verständnis für unser Land in Europa und in der Welt zu mehren“.

„Als Mitglied des Europäischen Parlaments hat sich der überzeugte Europäer mit großem Engagement und Erfolg für den europäischen Einigungsprozeß eingesetzt.“

Helmut Kohl: „Hierfür schuldet die Bundesrepublik Deutschland Erik Blumenfeld großen Dank.“

„Sozial ist, was Beschäftigung schafft“

Am 23. Mai findet in Magdeburg die 27. Bundestagung der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) statt. Bis dahin soll nach dem Willen des CDA-Bundesvorstands ein kurzer, aber intensiver Konsultationsprozeß stattfinden. Grundlage der Diskussion ist dabei ein Papier, das den Titel trägt: „Sozial ist, was Beschäftigung schafft – Neuer Aufbruch in die Soziale Marktwirtschaft“. Bis zum 12. Mai können Eingaben an die CDA-Hauptgeschäftsstelle in Königswin-

ter gemacht werden. Rainer Eppelmann und Hermann-Josef Arentz laden sehr herzlich dazu ein, von dieser Möglichkeit regen Gebrauch zu machen.

**Das Diskussionspapier kann bestellt werden bei der:
CDA-Hauptgeschäftsstelle,
Postfach 12 50,
53622 Königswinter,
Telefon: 0 22 23/7 30,
Telefax: 0 22 23/7 31 32.**

Die Wiedervereinigung wäre ohne das Wirken Adenauers nicht möglich gewesen

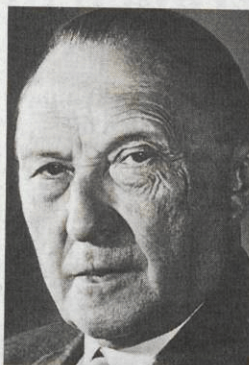
Anlässlich des 30. Todestages von Konrad Adenauer am 19. April erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Dankbar erinnern wir uns an Konrad Adenauer, der als erster Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union und als erster Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland den Grundstein für den Aufbau nach dem Kriege gelegt und den Weg unseres Vaterlandes in die Gemeinschaft der freien Völker bereitet hat.

Den Weg geöffnet

Seine Weichenstellungen in der deutschen Außenpolitik – Europäische Integration, Partnerschaft im Nordatlantischen Bündnis und Aussöhnung mit Israel – haben ebenso wie die innenpolitische Dimension seiner Politik – Wiederaufbau, Soziale Marktwirtschaft, Lastenausgleich – den Weg geöffnet für das zentrale Ziel der deutschen Nachkriegspolitik: die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit. Sie wäre ohne das Wirken Konrad Adenauers nicht möglich gewesen. Die Politik von Bundeskanzler Helmut Kohl ist die konsequente Fortsetzung und Weiterentwicklung des von Adenauer begonnenen Werkes.

Die von Konrad Adenauer gestaltete und verkörperte Politik der Christlichen Demokraten hat im Wettbewerb mit anderen Gesellschaftsordnungen ihre Leistungs-



fähigkeit ein-drucksvoll unter Beweis gestellt. Ideen, die unter seiner Verantwortung in die Praxis umgesetzt wurden, gelten vielen in der Welt heute nach der Überwindung des Sozialismus als Vorbild. So war Adenauer

stets auch ein Vertreter des föderalen Gedankens. Er war überzeugt, daß der Staat allein weder das Recht noch die Möglichkeit hat, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu steuern. Nach seinem Verständnis sind starke berufsständische Organisationen, starke Gewerkschaften und Verbände tragende Elemente der Gesellschaft.

In der Tradition Adenauers

Heute gilt es, die Reformfähigkeit unseres Landes in einer sich immer rascher wandelnden Welt zunehmender internationaler Verflechtung zu erhalten und zu stärken. Dazu bedarf es klarer Wertmaßstäbe, klarer Ziele und verantwortlichen Handelns. Dem fühlt sich die Christlich Demokratische Union in der Tradition Konrad Adenauers auch in Zukunft verpflichtet.

Neue Ausstellung im Bundeskanzler-Adenauer-Haus

Zum 30. Todestag des ersten Bundeskanzlers, Konrad Adenauer, am 19. April, zeigt die Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus erstmals eine neue Ausstellung über sein Leben. Für 6,5 Millionen Mark wurden das Gebäude und die Ausstellung im Bad Honnefer Ortsteil Rhöndorf erneuert. Der erste Besucher wird voraussichtlich Bundeskanzler Helmut Kohl sein.

Wir kriegen nichts geschenkt: Frauen in die Politik

Zum Start der Mitgliederwerbekampagne der Frauen-Union erklärten die Vorsitzende der Frauen-Union, Rita Süßmuth, und Generalsekretär Peter Hintze:

Auf dem Bundesparteitag 1996 in Hannover hat die Christlich Demokratische Union beschlossen, Frauen mindestens zu einem Drittel an Ämtern und Mandaten zu beteiligen. Das eröffnet mehr Chancen für Frauen in unserer Partei.

● In Zeiten großer Veränderungen ist es ganz entscheidend, daß die Frauen aktiven Anteil an der Mitgestaltung haben. Mehr Frauen auf allen Ebenen der Partei verändern das Gesicht der Politik. Der Einfluß der Frauen kann sich daher nur von der Basis her aufbauen und verbreitern. **Als Beitrag für den**

Aktionstag der

CDU am

26. April

1997 hat

die Frau-

en-Union

ihre Mitglie-

derwerbeka-

mpagne „Frauen

in die Politik“ vor-

gesehen, deren Mot-

to lautet: „Wir krie-

gen nichts geschenkt.“

● Die Erwerbstätigkeit

hat das Selbstverständnis von

Frauen verändert. Es ist Frauen einerseits

bewußt, daß Situationen nur durch eigenes

Handeln beeinflußt werden können. Andererseits

findet sich das Engagement von

Frauen eher im Umfeld von Kindergärten,

Schulen, Kirche oder dem Berufsverband. Der Schritt von hier aus in die Politik erscheint vielen zu groß. Dabei zeigt sich eine immer stärker werdende Diskrepanz zwischen dem ansteigenden Teil erwerbstätiger Frauen, der heute im Durchschnitt des gesamten Bundesgebietes bei fast 60, in den neuen Bundesländern noch bei 74 Prozent liegt, und ihrer geringen Beteiligung an der Politik: Der Frauenanteil an der Mitgliedschaft der CDU beträgt 25 Prozent.

● Wir wollen mit unserer Kampagne Frauen für die Zukunftsgestaltung gewinnen, so wie es ihrem Bevölkerungsanteil von 52 Prozent entspricht. Zu einer Volkspartei gehören Frauengesichter. Das beginnt in den Städten und Gemeinden. Wir benötigen für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes die Erfahrungen und Kompetenzen der Frauen mehr als je zu-

Wir kriegen nichts geschenkt!

▲ **Tür-**
anhänger



Die Vorsitzende der Frauen-Union, Rita Süssmuth, und Generalsekretär Peter Hintze stellen auf einer gemeinsamen Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus die Kampagne „Wir kriegen nichts geschenkt“ vor.

Foto: Frank Ossenbrink

vor. Das kann aber nur gelingen, wenn sie mehr als bisher unsere Mitstreiterinnen sind.

● Die Kampagne „Wir kriegen nichts geschenkt. Frauen in die Politik“ wurde von der Frauen-Union initiiert und wird von der CDU unterstützt. Sie ist als Dialog-Kampagne gedacht. Als Einstieg in das Gespräch mit den Bürgerinnen dient

➤ der Türanhänger „Wir kriegen nichts geschenkt.“ Er verknüpft unseren Wunsch nach mehr Beteiligung mit der Frage nach den Erwartungen, die Frauen an die Politik haben.

➤ Die Kampagne ist auf den Zeitraum von 6 Monaten begrenzt. Im Herbst werden wir überprüfen, was erreicht wurde.

➤ Ein Leitfaden zur Mitgliederwerbung dient als Handreichung für die Kreisverbände.

➤ Das Konrad-Adenauer-Haus bietet zeitnahe Schulungsseminare an.

➤ Es gibt einen Wettbewerb für die erfolgreichsten Werberinnen mit Reisen nach Brüssel, Straßburg, Bonn und einer Preisverleihung auf dem Delegiertentag der Frauen-Union im Herbst.

➤ Zur Aktion gehört auch ein Geschenkpapier mit Infoteil.

➤ Wir informieren über Angebote an Trainingsprogrammen und Seminaren.



Mitgliederwerbungskampagne 1997

▲ Leitfaden zur Mitgliederwerbung

Der Leitfaden, der Türanhänger und das Geschenkpapier sind erhältlich unter Tel.: 02 28/5 44-3 14 und 5 44-2 28.

CDU geht in die Offensive

Am 26. April – dem CDU-Aktionstag – zeigt die Union auf Straßen, Plätzen und in Veranstaltungen Flagge. Es geht um die Reformprojekte, die die Zukunftsfähigkeit unseres Landes sichern und Wachstum und Beschäftigung fördern.

Wir haben im Gegensatz zu anderen Konzepten und konkreten Vorschlägen – für die große Steuerre-

form tieferegehende Informationen zur großen Steuerreform und zur Rentenreform finden Sie in den entsprechenden Broschüren. Das Materialset steht Ihnen natürlich über den Aktionstag hinaus zur Verfügung. Denn über den 26. April besteht Informationsbedarf, den Sie in Veranstaltungen befriedigen können.

Wir haben überzeugende Konzepte, für die es sich lohnt – gemeinsam

Generalsekretär Peter Hintze hat den 26. April zum Aktionstag der CDU erklärt

form und die Sicherung unseres bewährten Rentensystem. Jetzt geht es darum, den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort unsere Vorstellungen näher zu bringen, sie darüber zu informieren.

Die Menschen im Land haben einen Anspruch darauf, unsere Konzepte direkt kennenzulernen. Deshalb hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle eine Reihe von Materialien erstellt.

Flugblattset mit 14 Blättern

Für die Canvassing-Stände liegen ein vierseitiges Faltblatt und ein Flugblattset mit 14 Blättern zur Steuer- und Rentenreform vor. Aus den Flugblattvorlagen können Sie diejenigen auswählen, die Sie vor Ort verteilen wollen.

mit dem Bundeskanzler und der gesamten CDU – zu werben: in Gesprächen mit Nachbarn und Arbeitskollegen, mit Bürgerinnen und Bürgern auf der Straße.

Bestellungen zum Aktionstag

Nutzen Sie den nebenstehenden Coupon für Ihre Bestellung. Wenn Ihre Bestellung bis zum 23. April bei uns eingegangen ist, erhalten Sie Ihr Material rechtzeitig zum Aktionstag.

Online-Informationen

Aktuelle Informationen über die große Steuerreform und die Rentenreform erhalten Sie über unser Internet-Programm /<http://www.cdu.de> und über KomSys in Ihrer Kreisgeschäftsstelle.

Große Steuerreform

**Weniger Steuern
mehr Arbeitsplätze**

Erläuterungen zur großen Steuerreform 1998/99



WIR GESTALTEN ZUKUNFT **CDU**

Rentenreform

Sicherheit im Alter

Erläuterungen zum Beschluss des Bundesausschusses der CDU Deutschlands zur Rentenreform vom 19. März 1997



WIR GESTALTEN ZUKUNFT **CDU**

● Bestell-Nr.: 5250

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 37,90 DM zzgl. MwSt.

● Bestell-Nr.: 5251

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 24,90 DM zzgl. MwSt.

Ja, ich bestelle:

.....Expl. Nr. 2249 Faltpapier DIN A4

.....Expl. Nr. 5250 Broschüre Steuerreform

.....Expl. Nr. 5251 Broschüre Rentenreform

(alle Preise zzgl. MwSt. und Versand)

zum Preis von 22,90 DM je 200 Expl.

zum Preis von 37,90 DM je 25 Expl.

zum Preis von 24,90 DM je 25 Expl.

Rechnungs- und Lieferanschrift:

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Wohnort _____ Tel. _____

Datum, Unterschrift _____

Bitte senden an: CDU-Bundesgeschäftsstelle · Abt. Öffentlichkeitsarbeit · Herrn Geiser · Friedrich-Ebert-Allee 73 · 53113 Bonn

Fax 02 28/54 43 72

BESTELLCOUPON



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

Steuern-Renten-Gesundheit

Reformen
für meine
Zukunft!

CDU

Das ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten.
Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie
sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

UID

12 / 1997

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion:
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113
Bonn, Telefon (0228) 54 40, Verlag: Union Betriebs
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel.
(0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. Vertrieb:
Tel. (0228) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183
(BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504
(BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM.
Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: ~~VA~~ Vereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.